

"NATO" - Kriegsführungszentrale Linnich - Glimbach "

Funktion — Protest — Widerstand



Transparente, auf denen Friedensinitiative und DKP gegen den Nato-Bunker in Glimbach protestierten, wurden am Demo-Sammelpunkt auf dem Schloßplatz für Presse und Passanten entrollt, ehe sich die Organisationsleitung entschloß, trotz einer enttäuschenden Teilnehmerzahl doch noch einen Zug durch die Jülicher Innenstadt zu veranstalten.

Foto: Inge Petersen

Kleine Materialsammlung

1. NATO-Bunker und NATO-Strategie



NATO-Bunker Linnich-Glimbach

Symbol "alten Denkens"

Am linken Mittelrhein, nahe der Stadt Jülich (im 2. Weltkrieg zu 97,3 % zerstört), entsteht ein riesiger NATO-Befehlsbunker in der Gemeinde Linnich-Glimbach (Kreis Düren). Dies ist nicht irgendeine der vielen Militäreinrichtungen, die zwischen Köln und Aachen die Region schon jetzt zu einem Pulverfaß machen.

"Für 150 Millionen Mark wird in Glimbach, 40 Meter in die Erde reichend, der NATO-Bunker für die Zweite Alliierte Taktische Luftflotte und für die Heeresgruppe Nord gebaut. Beide NATO-Stäbe sind insbesondere für den nördlichen Bereich der Bundesrepublik verantwortlich." (Aachener Volkszeitung, 27.3.87)

Hier soll eines von vier neu zu errichtenden Kriegshauptquartieren der NATO gebaut werden. Der geheime NATO-Infrastrukturplan sieht weitere Bunker in Ruppertsweiler bei Pirmasens, Breitenbach im Landkreis Kusel und Hundsbach-Eußenheim in Unterfranken vor.

"Im Kriegsfall werden sich die NATO-Generale in diese Befehlsbunker zurückziehen und die Heimat auch dann noch mit Atomwaffen 'verteidigen', wenn diese längst zerstört ist." (Vergl. Artikel von W. Bartels, Marxist. Blätter, 4/88).

Die besondere 'Qualität' dieser neuen Infrastruktur-Elemente der NATO erschließt sich erst dann, wenn sie im Zusammenhang mit der verhängnisvollen atomaren Kriegsführungsstrategie der USA gesehen wird. Dazu gehören sowohl die atomaren Lang- und Mittelstreckenraketen als auch der kombinierte Erstschatz aller Waffengattungen "im Verbund" - und zwar mit atomaren, chemischen und modernsten "konventionellen" Waffensystemen. Dieser Erstschatz - und darin liegt eine weitere Spezifik - zielt weit in das Territorium der Volksrepublik Polen und in die westlichen Grenzregionen der UdSSR.

In Militärkreisen wird diese Aggressionsplanung als Air-Land-Battle (Luft-Land-Schlachtfeld) bezeichnet. Führungsstäbe der NATO und der Bundeswehr arbeiten an der Umsetzung dieser ursprünglich angeblich nur für die US-Army geltenden Doktrin für die Bundeswehr und den gesamten NATO-Verbund in Westeuropa.

Nach dem Abschluß des Washingtoner Vertrags über die Verschrottung der landgestützten atomaren Mittelstreckenraketen wird der tiefe Anachronismus dieser Aggressionsplanungen und der dazugehörigen

Infrastruktur immer deutlicher. In Linnich-Glimbach entsteht eine Befehlszentrale, die - über ihren militärischen (Un)-sinn hinaus - geradezu ein Symbol für das "alte Denken" ist. Ein Denken, das - wie M. Gorbatschow einmal formulierte - nach den "Kategorien des Steinzeit-Denkens" abläuft, als man glaubte, man könne durch einseitige militärische Stärke-Demonstration auch einseitige Sicherheit errüsten.

Es kann keine Sicherheit im Atomkrieg geben, sondern nur das Ende der Gattung Mensch. Deshalb wehren sich auch Friedensinitiativen aus der ganzen Region gegen den Bunkerbau in Linnich-Glimbach.

Mit dieser Dokumentation wollen wir einen kleinen Einblick in diesen Widerstand geben.

Die Träger des Kampfes gehören - wie auch anderswo - einem breiten politischen und weltanschaulichen Spektrum an.

Wir Kommunisten gehören dazu und leisten mit unseren Mitteln dazu einen Beitrag - als Partei und in den verschiedenen Bündnissen.

Zu den gewachsenen Strukturen der Friedensbewegung im Gebiet Linnich-Glimbach und darüber hinaus im Rheinland gehören

- der Koordinationsausschuß Linnich (KAL) - ein Zusammenschluß von Organisationen und Initiativen der engeren Region;
- die Gesellschaft "Friedensacker", deren Mitglieder als Anteilseigner eines Grundstücks in unmittelbarer Nachbarschaft des Baugeländes "Sand ins Getriebe" der Baumaschinerie geworfen haben;
- die Friedensversammlung Rheinland, die als Organisator des Ostermarsches Rheinland zu den Osteraktionen in Linnich-Glimbach mit aufgerufen hat.

Mit dieser Dokumentation erheben wir keinen Anspruch auf Exklusivität und schon gar nicht auf Vollständigkeit. Sie soll einen Einblick über die Bedeutung der NATO-Zentrale geben und den Widerstand sichtbar machen.

Damit hoffen wir auch, der Friedensbewegung außerhalb unserer Region eine Information geben zu können, auf deren Grundlage der Kampf in Linnich-Glimbach solidarische Unterstützung erhalten kann.

Linnich-Glimbach im Mai 1988

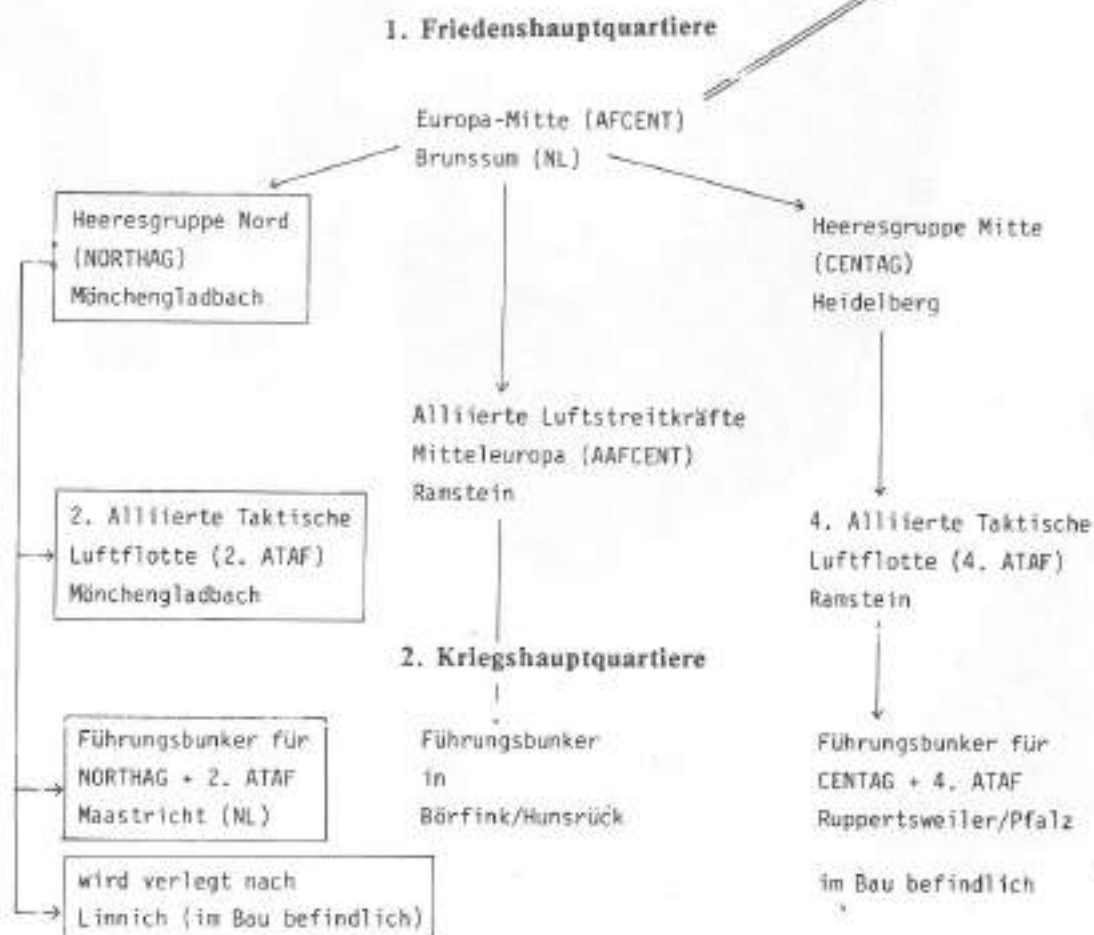
DKP - Bezirksvorstand Rheinland-Westfalen

DKP - Kreisvorstand Rur-Erft

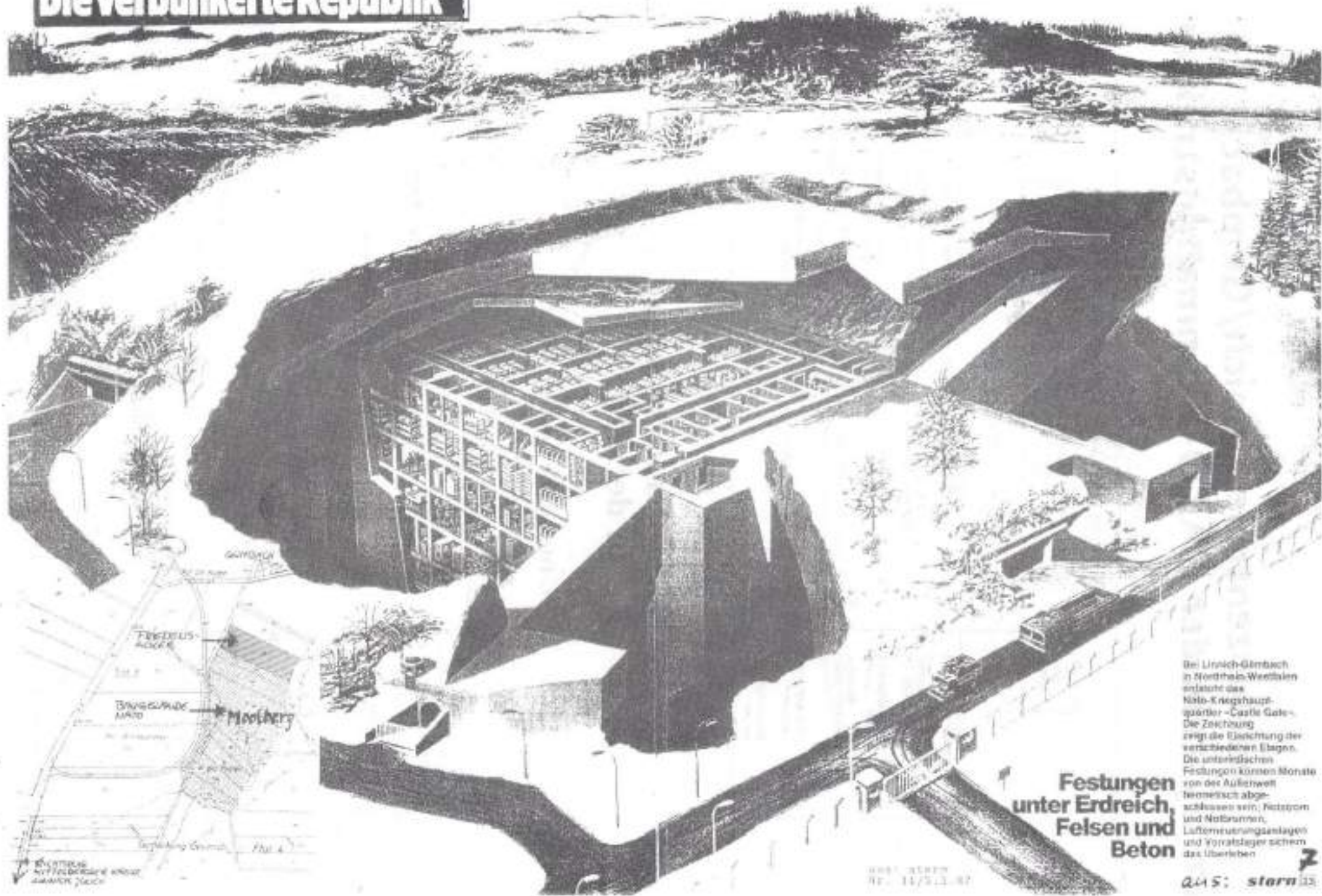
Befehlszentrale Linnich/Glimbach im System der NATO-Kommandostruktur



Kommandostruktur in der BRD



Die verbunkerte Republik



**Festungen
unter Erdrich,
Felsen und
Beton**

Bei Urlich-Gimbach in Nordrhein-Westfalen entsteht das Nato-Kriegshauptquartier - Castle Gate. Die Zeichnung zeigt die Ecksicht der verschiedenen Etagen. Die unterirdischen Festungen können Monate von der Außenwelt abgeschnitten sein; Notstrom und Notbrunnen, Lüftungsanlagen und Vorratslager sichern das Überleben.

11/5/87

445: stern 13

AirLand Battle – USA-Heeresdoktrin in der Tradition des „Blitzkriegs“konzepts des deutschen Imperialismus

1982 wurde in den USA eine neue Einsatzdoktrin¹ für die Landstreitkräfte und deren Zusammenwirken mit den Luftstreitkräften gültig, die sogenannte AirLand-Battle-Doktrin (ALB – Luft-Land-Schlacht). ALB liegt die Orientierung auf offensive weiträumige Angriffskriegführung – in erster Linie gegen den angenommenen Hauptfeind, die UdSSR und die anderen Staaten des Warschauer Vertrages – zugrunde. Der militärische Sieg soll ALB zufolge durch überraschende und massive – „präventive“ – Präzisionsschläge auf dem Gefechtsfeld (Zerschlagung der ersten Staffel der Streitkräfte des Warschauer Vertrages) und durch ebensolche Schläge bis in mehrere hundert Kilometer Tiefe (Zerschlagung der Nachfolgekkräfte des Warschauer Vertrages) bei gleichzeitigem integriertem Einsatz von konventionellen Waffen, chemischen und nuklearen Massenvernichtungsmitteln sowie komplexen elektronischen Kampfmitteln und raumgreifenden Truppenvorstößen ins Hinterland des Gegners errungen werden.²

Diese inhaltlichen Grundzüge von ALB sind niedergelegt in dem für ihre Umsetzung in den Truppen maßgeblichen Dokument, dem sogenannten Feldhandbuch FM 100-5³ des US-amerikanischen Heeres. Sie sind im übrigen vom NATO-Oberbefehlshaber Europa, Bernard Rogers, mehrfach direkt und indirekt bestätigt worden.⁴ Schon daher kann ihre Wiedergabe in der öffentlichen Diskussion schwerlich als „Zerrbild“ bzw. als „auf Mißverständnissen, Unkenntnis und Irreführung“ beruhend abgetan werden, wie dies z. T. in der bürgerlichen politologischen Literatur geschieht.⁵ Das gilt jedoch um so mehr angesichts neuer Erkenntnisse

– über die militär-philosophischen Grundlagen von ALB sowie über die Traditionslinie, in der diese Doktrin nach Aussagen amerikanischer Militärs steht,

– und darüber, daß Europa der potentielle Hauptkriegsschauplatz ist, für den ALB konzipiert wurde und auf dem diese Doktrin mittlerweile in die Truppenpraxis umgesetzt wird.

AirLand Battle und das Konzept der faschistischen Wehrmacht

In einer früheren Arbeit zu ALB hatte der Autor aus der Analyse ihrer operativen Leitlinien und aus ihrer Darstellung in der amerikanischen Militärliteratur geschlußfolgert, daß den „Verfassern von ALB...“ offensichtlich eine neue Variante von „Blitzkrieg“⁶ vorschwebte, d. h. jenes Konzeptes, mit dem die faschistische Wehrmacht im zweiten Weltkrieg die UdSSR zu vernichten trachtete, nachdem sie zuvor die Streitkräfte zahlreicher anderer europäischer Staaten ausgeschaltet hatte. Insbesondere das FM 100-5 legte eine solche Schlußfolgerung nahe. Aus heutiger Sicht muß man feststellen, daß diese Einleitung sich in geradezu erschreckender Weise bestätigt hat.

Als repräsentative Quelle dafür kann auf die US-amerikanische Heereszeitschrift „Military Review“ verwiesen werden. Es ist dies nicht irgendein Militärblatt in einem kaum noch zu überschauenden Spektrum westlicher militärischer Periodika, sondern es handelt sich dabei um eine offizielle Publikation – herausgegeben von der Generalstabschule (Command and General Staff College) des USA-Heeres in Fort Leavenworth/Kansas. „Military Review“ wird als militärtheoretisches Organ allen höheren Heeres-Offizieren – ab Major aufwärts – zugestellt. Bereits im Vorfeld, aber insbesondere nach Inkrafttreten von ALB im Mai 1982, hat sich diese Zeitschrift mit großer Intensität der Interpretation und Umsetzung von ALB und seiner einzelnen Aspekte für die Truppenpraxis angenommen. Im Verlaufe des Jahres 1984 häuften sich dabei Artikel von USA-Militärs, die die letzten Zweifel darüber beseitigten, wes Geistes Kind die Verfasser und Apo-

logeten von ALB sind und worin sie ihre Ursprünge und Zielsetzungen sehen. Dazu zählen Arbeiten wie die folgenden:

- „Blitzkrieg und die AirLand Battle“⁷;
- „Zielerfassung sowjetischer Streitkräfte“⁸;
- „Auftragstaktik. Schwerpunkt. Aufrollen. Die philosophische Basis der AirLand Battle“⁹;
- „Sowjetische Kriegsgefangene in der AirLand Battle“¹⁰.

In diesen Artikeln wird ohne Umschweife eine direkte Kontinuitätslinie vom früheren „Blitzkriegs“-Konzept des deutschen Imperialismus (und vor allem von seiner Anwendung durch die faschistische Wehrmacht gegen die Sowjetunion) zur AirLand-Battle-Doktrin gezogen: „Eine Untersuchung der militärischen Geschichte offenbart, daß die von der deutschen Armee von 1917 bis 1945 angewandte Doktrin und die ihr zugrunde liegende Philosophie eine große Ähnlichkeit zu dem haben, was wir selbst uns heute anzueignen versuchen.“¹¹ Der faschistischen Wehrmacht wird bestätigt, ihr „Blitzkrieg“ sei „wahrhaftig eine air-land battle“ (Luft-Land-Schlacht) gewesen.¹² Dabei schwingt unverhohlene Bewunderung insbesondere für die militärischen Anfangserfolge Hitler-Deutschlands im zweiten Weltkrieg mit: „Drei Schlüsselbegriffe verdeutlichen die deutsche Kriegsfelosophie: Auftragstaktik, Schwerpunkt und Aufrollen. Etwa 1918 hatten die Deutschen diese Konzepte in einer Doktrin zusammengefaßt („Blitzkrieg“ – W. S.), die sie – über einen Zeitraum von 30 Jahren – zweimal fast zur totalen europäischen Hegemonie“ gebracht hätte.“¹³

Nun kommen allerdings auch US-amerikanische Militärs nicht an dem Sachverhalt vorbei, daß die militärische Anwendung der von ihnen beweihräucherten „Blitzkriegs“-Konzepte des deutschen Imperialismus zweimal in einem historischen Debakel endete, das mit voller Wucht auf die Kriegsbrandstifter zurückschlug. Daher erfolgen Betrachtung und Auswertung in erster Linie der faschistisch-deutschen „Blitzkriegs“-Erfahrungen mit der Sowjetunion in den USA zugleich unter dem Aspekt, was bei einer künftigen Anwendung des Konzepts „besser“ zu machen sei, um zum Erfolg zu kommen. Diesem Zweck diene offensichtlich auch die Einbeziehung noch lebender ehemaliger Generale der faschistischen Wehrmacht in die Erarbeitungsphase von ALB, über die z. B. das BRD-Fernseh-Nachrichtenmagazin „Monitor“ am 9. Juli 1985 berichtete. Danach weilte der heute in Südafrika lebende General F. von Mellenthin 1981 auf Einladung des Pentagons zu Stabsübungen in den USA, wo nicht nur historische „Blitzkriegs“-Varianten ausgewertet, sondern – nach Aussage Mellenthins – auch entsprechende Varianten für Kampfhandlungen an der Grenze zwischen der DDR und der BRD durchgespielt wurden.

Aufschlußreich unter dem Aspekt des „Bessermachens“ ist zugleich, worin US-amerikanische Militärs heute die Ursachen des zweimaligen Scheiterns des deutschen Imperialismus beim Versuch der militärischen Eroberung der Weltherrschaft sehen: „Daß die Deutschen letztlich beide Weltkriege verloren, war der Fehler einer politischen Führung, die zweimal versuchte, es fast mit der ganzen Welt zugleich aufzunehmen.“ Dementsprechend erteilt der Autor dem imperialistischen deutschen Militär die Absolution und spricht es von jeder Kriegsverantwortung frei: „Die Erfolge der deutschen Armee auf taktischem und operativem Niveau bleiben Objekt der Bewunderung.“¹⁴

Im Unterschied zum „Blitzkriegs“-Konzept des faschistischen Deutschlands, das sich sowohl gegen die Sowjetunion als auch gegen die imperialistischen Konkurrenten des damaligen Deutschen Reiches sowie seine kapitalistischen Nachbarländer richtete, ist das heutige amerikanische ALB-Konzept eindeutig auf einen Hauptgegner, die Koalition des Warschauer Vertrages und vor allem die UdSSR, orientiert. Ein besonders makabrer und selbstentlarvender Beleg dafür ist

der Beitrag in „Military Review“ über „Sowjetische Kriegsgefangene in der AirLand Battle“. Auch dessen Autor geht von den „Erfahrungen“ des faschistischen Deutschlands im Krieg gegen die Sowjetunion aus. Er versteigt sich dabei zu folgender Aussage: In der Anfangsphase des deutschen Überfalls auf die UdSSR im Jahre 1941 seien umfangreiche sowjetische Verbände in Kriegsgefangenschaft geraten. „Das Problem wurde so gewichtig, daß es den Vormarsch der deutschen Truppen verzögerte und daß das Nachschubsystem überlastet wurde.“¹⁵ Demzufolge müsse man die Behandlung von sowjetischen Kriegsgefangenen entsprechend und in stärkerem Umfang als bisher in die Vorbereitung für AirLand Battle integrieren, um im Kriegsfall nicht ebenso „behindert“ zu werden.

Der Artikel schließt dann mit folgender Sentenz, die für sich selbst spricht: „Etwa im Oktober 1941 war das Problem (der sowjetischen Kriegsgefangenen – W. S.) so ernst geworden, daß Adolf Hitler beklagte: ‚Gewöhnlich sagten wir: Laßt uns Gefangene machen! Jetzt denken wir: Was sollen wir mit all diesen Gefangenen tun?‘ Wollen wir hoffen, daß wir auf dem Felde der AirLand Battle ähnlich gesegnet sind ...“¹⁶

Hauptschlachtfeld Europa

Daß AirLand Battle, obwohl als weltweit anzuwendende Doktrin der US-amerikanischen Landstreitkräfte deklariert, hauptsächlich für einen Krieg gegen die UdSSR und die anderen Staaten des Warschauer Vertrages in Europa konzipiert worden ist, war von Anbeginn der Existenz dieser Doktrin völlig unzweifelhaft, und daraus ist von Militärs in den USA auch nie ein Hehl gemacht worden. Bereits zu einer Zeit, als sich ALB noch im Endstadium der Erarbeitung befand, schrieb dazu der amerikanische General D. Starry, damals Chef des U. S. Army Training and Doctrine Command (TRADOC), Fort Monroe/Virginia, unter dessen Federführung ALB entwickelt wurde: der Gegner, gegen den „das Konzept entworfen wurde, wird versinnbildlicht durch den Warschauer Pakt in Zentraleuropa“¹⁷. Ein anderer US-amerikanischer Militär erläuterte ebenso unzweideutig: „Die AirLand-Battle-Doktrin ist ein komplexes und hochentwickeltes Rahmenwerk dafür, ... wie sowjetische Streitkräfte zu bekämpfen sind.“¹⁸

Dabei ist es das Bestreben der USA, ihre NATO-Verbündeten ebenfalls auf die operativen Leitlinien von ALB, insbesondere auf die „Philosophie des Angriffs in die Tiefe“¹⁹, festzulegen und deren Streitkräfte auf entsprechende Waffensysteme umzurüsten, da nach Auffassung von amerikanischen Militärs angesichts des realen Kräfteverhältnisses zwischen Warschauer Vertrag und NATO in Europa eine Praktizierung von ALB durch die USA-Streitkräfte nur im NATO-Verband Aussicht auf Erfolg hätte. Dazu bemerkte der amerikanische Oberst W. Hanne, seinerzeit am Strategic Studies Institute des US-Army War College in Carlisle Barocks/Pennsylvania, lapidar: „Wenn eines der Ziele des operationellen Konzepts ist, nachfolgende Staffeln zu besiegen, dann müssen sowohl US- als auch NATO-Truppen diese Möglichkeit wahrnehmen.“²⁰

Gerade die Umsetzung von ALB in der NATO war jedoch für die USA von Anfang an mit beträchtlichen Schwierigkeiten verbunden. Ohne daß dies hier nochmals referiert werden soll, ist nur darauf zu verweisen, daß ALB allein wegen der durchgängigen Integration von atomaren und chemischen Waffen in die Kampfführungsanweisungen im FM 100-5 als voraussichtliches Ergebnis eines Krieges in Europa eine atomar und chemisch verseuchte Wüste – auch auf dem Territorium westeuropäischer NATO-Staaten – einkalkuliert, ja vorplant. Das ist für die Regierungen der betreffenden verbündeten Länder der USA nicht akzeptabel bzw. innenpolitisch nicht durchsetzbar. Um dennoch das angestrebte Ziel – die Festlegung der NATO auf die Kriegführung nach Grundsätzen von ALB und die Realisierung entsprechender Rüstungsprogramme – zu erreichen, ist von US-amerikanischer Seite bisher dreigleisig vorgegangen worden:

1. Zur Beschwichtigung der westeuropäischen Öffentlichkeit und bestimmter verbündeter Politiker wird erklärt, daß ALB für Europa gar nicht gelte.

2. In den amerikanischen Streitkräften dagegen wird ALB gleichzeitig als Kerndoktrin für Europa behandelt, die früher oder später auch die NATO-Verbündeten übernehmen müßten, und entsprechend läuft die Ausbildung und Umstrukturierung bzw. Umrüstung der USA-Landstreitkräfte in Westeuropa.

3. In der NATO wird versucht, ALB durch die Hintertür zu etablieren.

In dieser Richtung läßt das Pentagon vorrangig den NATO-Oberbefehlshaber Europa, B. Rogers, fungieren. Periodisch gibt er Erklärungen ab, wonach ALB eine nationale US-amerikanische Angelegenheit sei, die im NATO-Kommandobereich Europa nicht zur Anwendung kommen werde. In diesem Bereich gelte vielmehr die vereinbarte NATO-Strategie der „flexible response“, die weder den integrierten Einsatz von A- und C-Waffen noch den Präventivangriff und auch keine massiven Truppenvorstöße in die Tiefe des gegnerischen Raumes vorsehe.²¹ Dabei ist aber schon höchst zweifelhaft, ob dies für die „flexible response“ in der von Rogers umrissenen Weise zutrifft.²² Aufschlußreich im Zusammenhang mit dem hier behandelten Thema ist jedoch, daß sich der NATO-Oberbefehlshaber Europa genötigt sieht, gerade anhand dieser Punkte Unterschiede zwischen ALB und „flexible response“ zu fixieren. Rogers wird bei derartigen Erklärungen im übrigen sekundiert von bestimmten konservativen Politikern in Westeuropa, insbesondere in der BRD. Vor allem tritt dabei BRD-Verteidigungsminister Manfred Wörner in Erscheinung. Er schrieb am 9. Januar 1984 in einem Brief an die Bundestagsabgeordnete der Grünen Petra Kelly: „Ich habe öffentlich bereits mehrfach auf die eingeschränkte Gültigkeit dieses Konzeptes (ALB – W. S.) für die NATO hingewiesen ...“ Das FM 100-5 beziehe sich „nicht ausdrücklich auf den Einsatz des US-Heeres im Rahmen der NATO. Hingegen hat die NATO klargestellt, daß bestimmte Elemente dieser Doktrin für Mitteleuropa nicht gelten.“²³ Die Tatsachen besagen jedoch,

– daß nach Meinung der Verfasser von ALB das FM 100-5 „übereinstimmt mit Doktrin und Strategie der NATO“²⁴,

– daß im Kapitel 17 des Handbuches demzufolge ein längerer Abschnitt dem Einsatz der USA-Landstreitkräfte im Rahmen der NATO gewidmet ist²⁵ und

– daß im FM 100-5 die Problematik der Realisierung von ALB in dichtbesiedelten Gebieten unter ausdrücklichem Bezug auf die BRD abgehandelt wird.²⁶

Die Praxis des USA-Heeres

Im Selbstverständnis der US-amerikanischen Landstreitkräfte hat die Frage, ob ALB auch für den europäischen Kriegsschauplatz gilt, im übrigen nie bestanden. Das zeigen bereits folgende Erläuterungen, die der oben zitierte General Starry schon in der Phase der Erarbeitung von ALB über den grundsätzlichen Charakter der Dienstvorschrift FM 100-5 gab: „... sie bildet das Kernstück aller US-Dienstvorschriften. Obwohl sich diese Vorschrift auch mit anderen Gegebenheiten und Aufträgen befaßt, liegt der Schwerpunkt doch hauptsächlich auf dem Aufgabenbereich des US-Heeres in Europa im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses.“²⁷ In amerikanischen Quellen wird allenfalls Bezug darauf genommen, daß und warum die Einführung der Doktrin in die NATO auf Schwierigkeiten stößt.²⁸ Am Ziel einer solchen Einführung wird kein Zweifel gelassen. Die ALB-Doktrin, so heißt es, „lieferte die Antwort für das schwierige taktische Problem einer Vorwärtsverteidigung in der NATO: Sie ergänzte das Schlachtfeld durch Tiefe – auf der Seite des Warschauer Paktes“²⁹.

Die Schwerpunktsetzung von ALB auf den westeuropäischen NATO-Bereich kommt auch darin zum Ausdruck, daß die USA-Landstreitkräfte ihr erstes und bisher einziges Trainingszentrum für ALB-Theorie und -Simulation, ein sogenanntes Warrior Preparation Centre (Vorbereitungszentrum für Krieger), in Westeuropa eingerichtet haben, in der Nähe ihrer Basis Ramstein/BRD. Dort werden zunächst vor allem die Offiziere der in der BRD stationierten USA-Korps mit ALB vertraut gemacht. Dies geschieht unter Leitung des Chefs der 7. USA-Feldarmee in der BRD und der gesamten amerika-

nischen Landstreitkräfte in Westeuropa, General G. Otis, der zuvor als Nachfolger von Starry Chef von TRADOC gewesen ist und 1982 anlässlich der Inkraftsetzung von ALB ein entsprechendes Geleitwort in „Military Review“ verfaßt hat.³⁰

Nach Angaben des erwähnten Berichtes des BRD-Nachrichtenmagazins „Monitor“ nehmen im übrigen auch Bundeswehrkräfte regelmäßig an Übungen in diesem Warrior Preparation Centre teil. Dieser Praxis entspricht, daß sich hochrangige Führungsoffiziere der Bundeswehr offen zu Geist und Prinzipien von ALB bekennen, ohne daß Minister Wörner – trotz seiner verbalen Distanzierung von ALB – hieran Anstoß nimmt. Ein Beispiel dafür ist der Oberst i. G. im Planungstab des Bundesverteidigungsministeriums D. Farwick. Er plädiert für eine Veränderung der NATO-Strategie im Sinne eines der Leitgedanken von ALB, des massiven Hineinstoßens mit Land- und Luftstreitkräften in die Tiefe des Raumes des Warschauer Vertrages.³¹

NATO-Einführung durch die Hintertür

Von amerikanischer Seite wird versucht, operative Leitlinien von ALB durch praktische Maßnahmen in der NATO zu verankern und in entsprechende Rüstungsprogramme umzusetzen. Dies ist bis zu einem gewissen Grade bereits gelungen. Das Schlüsselwort dafür lautet FOFA (Follow-on Forces Attack – Angriff auf die Nachfolgekräfte), vormals nach seinem geistigen Vater auch als Rogers-Plan bezeichnet.

Nach mehrjährigen Debatten innerhalb der NATO wurde FOFA am 9. November 1984 von deren sogenanntem Verteidigungs-Planungsausschuß als „die langfristige Planungsrichtlinie für die Bekämpfung der Folgestaffeln des Warschauer Paktes“³² durch weitreichende konventionelle Waffen angenommen. FOFA legt die NATO-Verbündeten der USA sehr viel stärker als bisher – auf qualitativ neue Weise – auf Schlüge in die Tiefe des Warschauer Vertrages fest und soll die Grundlage für eine weitere Forcierung der konventionellen Rüstung der NATO bilden. Dabei ist die Tiefe des durch FOFA abzudeckenden Raumes nicht definitiv festgelegt, sondern soll entsprechend der waffentechnologischen Entwicklung immer weiter hinausgeschoben werden. Rogers schrieb dazu: FOFA sei darauf angelegt, die Streitkräfte des Feindes, die unmittelbar hinter dessen erster Staffel stehen, „bis so weit in das rückwärtige Gebiet des Gegners hinein mit konventionellen Waffen anzugreifen, wie es unsere Zielerfassung und unsere konventionellen Waffensysteme erlauben“.

Dennoch wird er zugleich nicht müde zu behaupten, daß FOFA „mit der USA-Einsatzdoktrin „AirLand Battle“ ... überhaupt nichts zu tun“³³ habe.

Dies soll letzten Endes jedoch nur über jene augenfälligen Analogien beider Konzepte hinwegtäuschen, die auch Rogers nicht zu leugnen vermag, die er aber als „einige Ähnlichkeiten“³⁴ zu verharmlosen sucht. Gerade auf sie jedoch kommt es an: die Orientierung der gesamten NATO auf Schlüge in die Tiefe des Warschauer Vertrages und vor allem auf entsprechende Rüstungsmaßnahmen. Gegenüber diesen Parallelitäten von ALB und FOFA sind die deklaratorisch vorgeschobenen Unterschiede beider Konzepte so sekundär, daß der US-amerikanische Politologe Stanley Hoffmann von FOFA von einer „Variante des AirLand-Battle-Konzepts“³⁵ sprach. Die integrierte atomare und chemische Kampfführung läge im Kriegsfall im übrigen sowieso praktisch ausschließlich in amerikanischer Hand. Es ist für die USA-Streitkräfte daher unerheblich, ob die NATO-Verbündeten diesem Teil von ALB im Frieden zustimmen oder nicht.

Mit ihrer Billigung von FOFA haben sich die westeuropäischen NATO-Staaten in das ALB-Fahrwasser der USA begeben. Die öffentliche Debatte über die aus vergangenen „Blitzkriegs“-Konzepten des deutschen Imperialismus im Hinblick auf ALB zu ziehenden „Lehren“

in der amerikanischen Militärliteratur macht deutlich, wohn dieses Fahrwasser führt.

Wolfgang Schwarz

- Der Begriff „Doktrin“ wird in der vorliegenden Arbeit im Sinne der US-amerikanischen Militärterminologie verstanden, deren „doctrine“ in etwa mit „Einsatzkonzept“ zu übersetzen ist. (Die sozialistische Militärterminologie verwendet demgegenüber den Begriff der Doktrin in einem anderen, inhaltlich sehr viel weiter gefaßten Sinne. Siehe dazu: Sowjetische Militärenzyklopädie, Auswahl, Heft 12, Berlin 1980, S. 4 ff.)
- Zu einer ausführlichen Darstellung und Analyse von ALB siehe: W. Schwarz, AirLand Battle – die neue Heeres-Doktrin der USA und ihre Umsetzung innerhalb der NATO, in: IPW-Berichte, 9/1983, S. 10 ff.
- Dazu: Department of the Army, FM 100-5, Operations, Washington, 20. 8. 1982
- Dazu u. a.: Interview mit B. Rogers, in: Stern, Hamburg, 33/1984, S. 131; B. W. Rogers, Die langfristige Planungsrichtlinie FOFA: Behauptungen und Tatsachen, in: NATO-Brief, Brüssel 6/1984, S. 8 ff.
- Repräsentativ dafür ist z. B.: K.-P. Stratmann, „AirLand Battle“ – Zerrbild und Wirklichkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn, B 48/1984, S. 19 ff.
- W. Schwarz, a. a. O., S. 11
- J. W. Woodmansee, Blitzkrieg and the AirLand Battle, in: Military Review, Fort Leavenworth/Kansas, 8/1984, S. 21 ff.
- D. L. Mercer, Targeting Soviet Forces, in: Military Review, 5/1984, S. 23 ff.
- S. W. Richey, Auftragstaktik. Schwerpunkt. Aufrollen. The Philosophical Basis of the AirLand Battle, in: ebenda, S. 48 ff.
- M. D. Beto, Soviet Prisoners of War in the AirLand Battle, in: Military Review, 12/1984, S. 58 ff.
- S. W. Richey, a. a. O., S. 49
- J. W. Woodmansee, a. a. O., S. 22
- S. W. Richey, a. a. O., S. 50
- Ebenda, S. 49 (Hervorhebungen – W. S.)
- M. D. Beto, a. a. O., S. 60
- Ebenda, S. 72
- D. A. Starry, Extending the Battlefield, in: Military Review, 3/1981, S. 32
- D. L. Mercer, a. a. O., S. 29
- W. G. Hanne, AirLand Battle, in: Internationale Wehrrevue, Genf, 8/1983, S. 1035
- Ebenda, S. 1037
- Dazu: B. W. Rogers, a. a. O., S. 9 f.
- Siehe dazu: Autorenkollektiv, NATO – Strategie und Streitkräfte, Berlin 1980, insbes. S. 274 ff.
- Zit. nach: Die Grünen im Bundestag, Angriff als Verteidigung, AirLand Battle, AirLand Battle 2000, Rogers-Plan, Bonn 1984, S. A 21
- Department of the Army, a. a. O., S. 1
- Ebenda, S. 17–1 ff.
- Ebenda, S. 3–8
- D. A. Starry, TRADOC – Kommandobehörde der US-Armee für Ausbildung und Einsatzgrundsätze, in: Heere international. Militärpolitik. Strategie. Technologie. Wehrgeschichte (Hrsg. H.-A. Jacobsen/H.-G. Lemm), Herford – Bonn 1981, S. 184
- Dazu z. B.: W. G. Hanne, The Integrated Battlefield, in: Military Review, 6/1982, S. 43 f.
- J. W. Woodmansee, a. a. O., S. 26
- Military Review, 5/1982, S. 2
- D. Farwick, Zur Diskussion der NATO-Strategie. Dynamische Vorwärtsverteidigung statt statischer Vorverteidigung, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, Wien, 2/1983, S. 117 ff.
- B. W. Rogers, a. a. O., S. 3
- Der Tagesspiegel, Westberlin, 4. 12. 1984
- B. W. Rogers, a. a. O., S. 9
- S. Hoffmann, The U. S. and Western Europe: Wait and Worry, in: Foreign Affairs, New York, 3/1985, S. 640

FRIEDEN ALS AUFGABE DER KOMMUNALPOLITIK

WOLFGANG BARTELS

– „In keinem westlichen Land wird mehr und auf engerem Raum militärisch geübt als in der Bundesrepublik Deutschland. Jährlich finden in unserem Land rund 5000 Übungen von drei bis vier Tagen Dauer mit bis zu 2000 Soldaten statt. 80 Manöver mit mehr als 2000 Soldaten dauern länger als vier Tage. Die Bundeswehr ist zur Hälfte an der Übungstätigkeit beteiligt. Übungen verursachen Manöverschäden. Das kostete in den Jahren 1981 und 1982 jeweils rund 240 Millionen DM“ (1983: S. 130).

– „Die Bundeswehr hat – über die Bundesrepublik verstreut – 7000 Liegenschaften mit mehr als 400 000 Bauwerken“ (1985: S. 90). Dazu kommen rund 3000 NATO-Liegenschaften. Damit gibt es in der Bundesrepublik mehr militärische Liegenschaften als Kommunen (Stand 1983: 8500).

Also sei zusammengefaßt: In keinem Land wird die Natur intensiver von den Militärs genutzt, belastet und gefährdet als in der Bundesrepublik. In keinem anderen Land verursachen die Militärs bereits in Nichtkriegszeiten solche dauerhaften ökologischen Schäden wie in der Bundesrepublik. In keinem anderen Land sind Städte und Gemeinden unmittelbarer und schwerwiegender von militärischer Präsenz, von Übungen, Manövern und Kriegsplanungen betroffen als in der Bundesrepublik.

AUSBAU DER MILITÄRISCHEN INFRASTRUKTUR UND NEUE WAFFENSYSTEME

Trotz des in Washington vereinbarten Abzuges der Mittelstreckenraketen

geht die Aufrüstung in unserem Land in einem Maße weiter, daß die Entwicklungsmöglichkeiten vieler Gemeinden durch das Militär immer stärker eingeschränkt werden. Allerdings nehmen immer mehr Gemeinden solche Entwicklungen nicht mehr einfach hin. Aufgrund vieler Erfahrungen wird längst nicht mehr auf wirtschaftliche Belebung durch das Militär gehofft, was in den fünfziger Jahren mancherorts die Ansiedlung von Militärgarnisonen schmackhaft gemacht hatte. Viele Gemeinden setzen sich heute gegen den Zugriff des Militärs auf weitere Ländereien aktiv zur Wehr.

Bei der NATO wird derzeit eine Vielzahl von Rüstungsprogrammen umgesetzt, die für die betroffenen Gemeinden erhebliche Auswirkungen haben:

– Long Term Defence Program: Nach diesem NATO-Langzeitprogramm sollen bis Mitte der neunziger Jahre die Munitionsvorräte von 30 auf 90 Kampftage erhöht werden. Das bedeutet rein rechnerisch, daß die derzeit vorhandenen Depotkapazitäten verdreifacht werden müssen.

– Master Restationing Plan: Die US-Streitkräfte planen eine Vorwärtsverlagerung der 8. Infanterie-Division, die zur Zeit in Bad Kreuznach, Baumholder, Mainz und Mannheim stationiert ist, an die Grenzen zur DDR und CSSR. Neue US-Garnisonen sind erforderlich. Auch die Bundeswehr hat mit dem Bau einer neuen, vorwärtsverlagerten Garnison bei Parsberg begonnen.

– NATO-Infrastrukturprogramm: Wurden für das erste 5-Jahres-Programm 1951 bis 1956 noch 6 Milliarden DM ausgegeben und in den späteren

2. Hearing on H. R. 1816 on Authorize Construction of Military Installations for FY 1984 before the Military Installations and Facilities Subcommittee of the Committee on Armed Services, House of Representatives, 98th Congress, First Session, March-April 1983, p. 140.

3. Weißbuch 1983. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Weißbuch 1985. Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr. Herausgeber: Bundesminister der Verteidigung. Die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf diese Bände.

Bartels: Friedenskampf

DM, so ist für 1985 bis 1990 eine explosionsartige Steigerung auf 22 Milliarden DM vorgesehen. Mit diesen Geldern werden vor allem NATO-Baumaßnahmen (Straßen, Flugplätze, Kommandozentralen, Depots, Kommunikationseinrichtungen, Pipelines, Übungsplätze usw.) finanziert.

- Wartime Host Nation Support: Damit die US-Streitkräfte in der Lage sind, innerhalb von zehn Tagen ihre in der Bundesrepublik stationierten vier Heeresdivisionen um weitere sechs Divisionen sowie 30 zusätzliche Flugzeugstaffeln der Luftwaffe zu verstärken, wird derzeit eine die ganze Bundesrepublik umfassende Unterstützungsstruktur der Bundeswehr aufgebaut. Das Gerüst der Verstärkungstruppen wird in Mitteleuropa vorausgelagert (POMCUS-Depots). Für vier Verstärkungsdivisionen sind diese Depots bereits fertiggestellt, für zwei weitere Divisionen werden derzeit die Standorte geplant. Im „Krisen- oder Kriegsfall“ sollen 96 000 Bundeswehr-Reservisten abgestellt werden, um durch die Heranziehung aller militärischen und zivilen Ressourcen den Umschlag der US-Verstärkungskräfte so reibungslos wie möglich zu gestalten. Für diese Bundeswehr-Reservisten sollen 60 Mobilmachungs-Stützpunkte in der ganzen Bundesrepublik geschaffen werden.

- Die kanadischen Streitkräfte verlegen ihre 5. mechanisierte Brigade von Nordnorwegen nach Süddeutschland. Das Bundesverteidigungsministerium hat einen „Suchauftrag“ für Stationierungs- und Depotgelände zwischen Niederstetten und Ansbach erteilt.

- Neue Kriegshauptquartiere: Zu den bereits vorhandenen verbunkerten Kommandozentralen der NATO sollen noch weitere Kriegshauptquartiere eingerichtet werden. Der geheime NATO-Infrastrukturplan sieht hier für die nächsten Jahre vor: Linnich am Niederrhein, Ruppertsweiler bei Pirmasens, Breitenbach im Landkreis Kusel und Hundsbach-Eußenheim in Unterfranken. Im

Kriegsfall werden sich die NATO-Generale in diese Befehlsbunker zurückziehen und die Heimat auch dann noch mit Atomwaffen „verteidigen“, wenn diese längst zerstört ist.

- Die neuen Waffensysteme, mit denen vor allem Bundeswehr und US-Streitkräfte zur Zeit ausgerüstet werden, sind übungsintensiver und erfordern wesentlich mehr Manöver außerhalb von Militäreinrichtungen. Für die Vielzahl voll beweglicher Waffensysteme sind die Truppenübungsplätze längst zu klein geworden, wie Militärs immer wieder erklären. Folgerichtig werden ganze Landstriche als Manövergebiete betrachtet, in denen man die „störende Zivilbevölkerung“ in Kauf nimmt. Unter anderem handelt es sich um den Mehrfachraketenwerfer MLRS/MARS und die Flugabwehrraketen PATRIOT (die sich zur Zeit bereits in der Weiterentwicklung zu einer westeuropäischen Raketenabwehr befindet) und ROLAND, die alle beweglich auf Fahrzeugen in „Gürteln“ längs durch die ganze Bundesrepublik stationiert werden. Rund hundert Orte sind von den Stationierungsmaßnahmen für diese drei Waffensysteme betroffen. Mit der Fertigstellung jedes neuen Standorts wächst die Gefahr von Unfällen mit Raketentransportern auf öffentlichen Straßen.

- Die immer stärkere Ausrichtung der Luftwaffe auf offensive Kriegsführungsoptionen hat eine Verstärkung der Fluglärmbelastungen zur Folge. Vor allem der TORNADO, aber auch die US-amerikanische F 16 haben die Aufgabe, im Tiefflug Ziele weit im Hinterland des Gegners zu zerstören. Zu diesem Zweck verstärken die Luftwaffen ihre Tiefflugausbildung. Dazu gehört auch das häufigere Üben riskanter Flugmanöver über bewohntem Gebiet, das immer wieder zu Abstürzen führt.

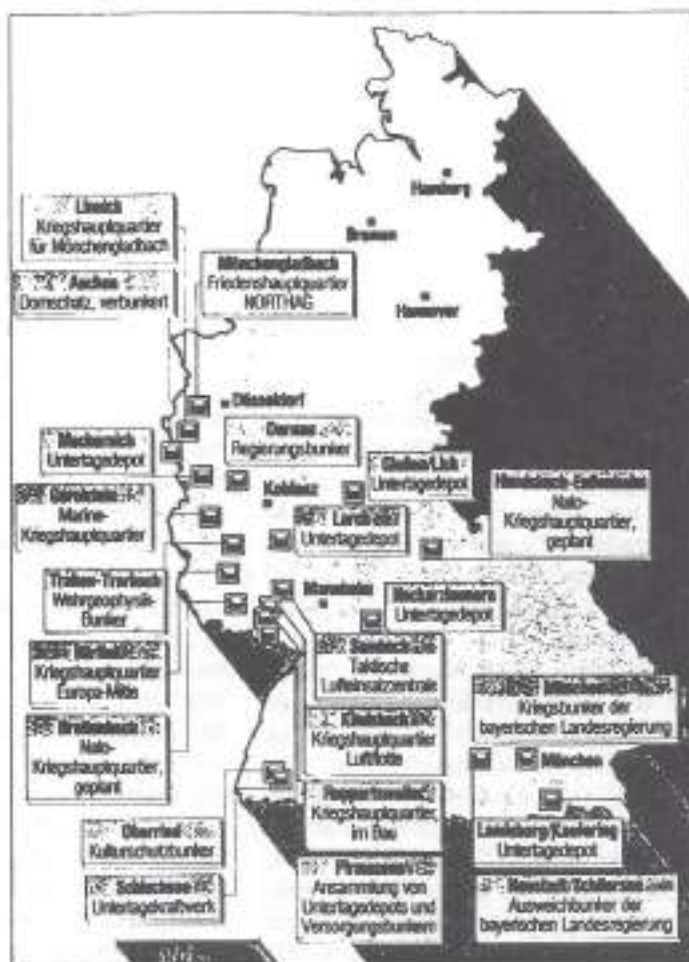
Aschermittwoch 1987 in Bonn: Im Schatten des »Langen Eugen«, des Abgeordnetenhochhauses, schritten am Vormittag die Herren zu ihren Limousinen und stiegen ein. Der erste Wagen fuhr los, im Abstand von jeweils zwei Minuten folgte der nächste. Am Ziel der Reise – nur zwei Dutzend Kilometer Luftlinie entfernt – stiegen die Herren wieder aus und verschwanden hinter Stahl und Beton.

Dort wurden sie, die Mitglieder des Notparlaments der Bundesrepublik Deutschland, bereits erwartet, denn dort im atombombensicheren Regierungsbunker bei Dernau unter den Bergen an der Ahr herrscht seit Mittwoch dieser Woche Alarm: Fast 2000 Politiker und Militärs proben den Krieg zwischen Nato und Warschauer Pakt. Sechs Tage nach Aschermittwoch wird die Nato laut Übungsplan erstmals Atomwaffen einsetzen. Die Notparlamentarier sind dann bereits aus dem Bunker hinauskomplimentiert und nach Bonn zurückgefahren worden – die Endzeit, auch übungshalber, bleibt ihnen erspart. Militärs und Verwaltungen proben noch vier Tage weiter; danach ist – auf dem Papier – Mitteleuropa weitgehend zerstört.

Doch auch das Chaos muß verwaltet werden, sonst bräche ja das Chaos aus. Alle zwei Jahre soll diese natoweite Übung »Wintex/Cimex*« Regierungen, Verwaltungen und Militärstäben die Routine verschaffen, angesichts von Katastrophen * Rumskörner aus dem Englischen: »Wintex« bedeutet »Winterübung«, »Cimex« steht für »Übung in zivil-militärischer Zusammenarbeit«.

noch möglichst rational zu handeln. Die Zusammenarbeit im Bündnis und zwischen den zivilen und militärischen Dienststellen zu testen, ist ein Hauptziel des Manövers. Deshalb sind auch die Verwaltungsbehörden von Ländern, Kreisen und Städten in das Kriegsspiel einbezogen.

Das Szenario ist seit Jahren ähnlich. Im Osten, wo US-Präsident Ronald Reagan das »Reich des Bösen« wähnt, brechen Unruhen aus, wankt die Herrschaft der Funktionäre. Die – böse, wie sie nun mal sein müssen – rüsten darob zum letzten Gefecht. Auch an »Wintex 87« sind alle Friedensbotschaften und Abrüstungsangebote des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow spurlos vorbeigegangen.



Bunker für Kriegshauptquartiere, Kulturgüter und Kirchenschätze in der Bundesrepublik

Der Wintex-Krieg beginnt mit »wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Orange-Block«, womit unausgesprochen der Warschauer Pakt gemeint ist. In Polen kommt es zu Unruhen. Die östlichen Machthaber fürchten, die andere Seite könne dies ausnützen, und verlegen vorsorglich Truppen nach Westen. Der getarnte Aufmarsch gegen die Nato eskaliert in Großmanövern in der DDR, der Tschechoslowakei und in Polen. Schließlich kommt es zum Knall: Sowjetische Streitkräfte greifen auf breiter Front an, während im Westen eine von Moskau gesteuerte »Demotivierungskampagne« in einer »Aktionswoche für den Frieden« mündet.

Solche Nato-Manöver sind seit 1962 der Schrecken vieler Ministerial- und Oberregierungsräte, die zwei Wochen lang in einer bizarren Umwelt »Regierung« spielen müssen, in einer von allem gewohnten Komfort abgeschnittenen Bunker-Eintönigkeit: Stahlbetten, Stahlchränke, Neonlicht, militärische Disziplin, Dienst rund um die Uhr. Mancher bekommt den Bunkerkoller, wird streitsüchtig, überzieht seine Rolle, fühlt sich als echter Minister oder Staatssekretär. Es gibt keine Zeitungen, kein Fernsehen, keine privaten Außenkontakte. Die Katastrophen-Atmosphäre ist perfekt.

Ausstattung und Unterhalt des Atombunkers sind teuer. 300 Meter unter den Weinbergen und dem Rotweinswanderweg ziehen sich 30 Kilometer Stollen durch den Berg, das vermutlich teuerste öffentliche Bauwerk der Bundesrepublik – das jedoch bloß fiskalisch ein »öffentliches« ist; in Wahrheit wird es abgesperrt von Grenzschutz und Militär. Über die Baukosten gibt es nur Schätzungen, denen jedoch eines gemeinsam ist: Sie liegen oberhalb der Milliardenengrenze. Die jährlichen Unterhaltskosten betragen mehrere Millionen Mark.

Wenige Kilometer nördlich des Bunkers ist ein Stück Autobahn zum Notflughafen ausgebaut. Der Rastplatz Swisttal am Autobahnkreuz Meckenheim ist, seit er besteht, für den Verkehr gesperrt; er dient am Tag X als Abstellplatz für die Flugzeuge. An seinem Rand ist ein kleiner Hügel aufgeschüttet: der Platz für das mobile Radargerät.

Außer diesem Regierungs-Notflughafen gibt es weitere 21 Behelfspisten im bundesdeutschen Autobahnnetz, erkennbar an durchbetonierten Mittelstreifen mit demontierbaren Leitplanken und an den Versor-

gungseinrichtungen auf den Parkplätzen: Alle Zuleitungen für Strom, Wasser und Treibstoff sind verlegt, unterirdische Kavernen für den Düsenpilot Kerosin neben der Piste eingegraben.

Der Regierungsbunker an der Ahr soll im Ernstfall etwa 10 000 Politikern, Ministerialbeamten und Soldaten Schutz bieten – nicht über ihren Familien, wie es offiziell heißt. Die Zehntausend bedienen dann die abhörsicheren Funk- und Fernsprechanlagen zu den Nato-Hauptquartieren, die Terminals zur schnellen Querinformation, sie besetzen die verschiedenen Lagezentren, die Fernschreibzentralen mit Direktleitungen zu den Wehrbereichskommandos und Krisenstäben der Bundesländer. Sie erfahren alles vom Chaos über ihren Köpfen. Bisher wurden bei »Wintex« etwa drei Dutzend Nervenzusammenbrüche gezählt – und dabei war es nicht einmal der richtige »V-Fall«, wie »Krieg« bei der Nato feinsinnig umschrieben wird.

Aschermittwoch 1987 im Pfälzer Wald, 160 Kilometer südlich des Regierungsbunkers: Der Wald steht schwarz und schweigt, auch weißer Nebel steigt – doch nicht so wunderbar wie im »Abendlied« von Matthias Claudius, denn drinnen im Berg wird gesprengt. Heller Steinstaub wälzt sich aus der Tunnelöffnung. Dann fahren wieder Lastkraftwagen in den Berg hinein, fördern Fels und Erde ans Licht und Mischbeton in die Tiefe.

Tagaus, tagein ist keine Ruhe, selbst nachts nicht und nicht an den Feiertagen. Der »Große Arius«, die Bergkuppe nördlich von Ruppertsweiler bei Pirmasens, wird ausgehöhlt – Baustelle für einen unterirdischen Bunker, ein neues Kriegshauptquartier der Nato.

Ein Tunnel ist bereits fertig, ein zweiter Stollen wird zur Zeit quer durch den Berg getrieben, danach zwischen beiden der Bunker gegraben und betoniert. Im Tal westlich der Tunnelöffnungen entstehen neue Kasernen.

Ruppertsweiler im Pfälzer Wald ist ein nettes Dörfchen, adrett und sauber gefegt. Eine kleine Fernmeldeeinheit der Bundeswehr lag bisher schon im Ort, einige Amerikaner aus den umliegenden Garnisonen wohnen hier. Doch für die meisten ist das Militär nur präsent in den Tieffliegern, die mehrmals am Tag über das Dorf donnern. Das wird sich ändern. Zwar werden auch weiterhin die Tiefflieger kommen, doch zusätzlich die Offiziere und

Mannschaften, die den Bunker bevölkern.

Einen zweiten, ähnlichen Bunker mit dem Decknamen »Castle Gate« läßt die Nato gegenwärtig für 150 Millionen Mark in der Nähe des nordrhein-westfälischen Linnich-Glimbach unter die Erde graben. Auch dort entsteht ein neues Kriegshauptquartier, in dem die Befehlszentrale aus Mönchengladbach atomsicherer Unterschlupf finden soll. Beide Bunker werden über das computergestützte Kommandosystem »Heros« mit der Außenwelt verbunden. Dieses System ist voriges Jahr bei der bundesdeutschen Firma Siemens fertig entwickelt worden. Zwei weitere unterirdische Hauptquartiere sind noch in der Planung, die sollen bis 1993 bezugsfertig sein.

Auch ohne den neuen Bunker bei Ruppertsweiler gleicht der ganze Pfälzer Wald schon jetzt einem Schweizer Käse – durchlöchert und ausgeweidet sind die Berge und Hügel, damit Platz wurde für all die unterirdischen Kommandostellen, die Untertagedepots und Waffenlager. Im Dreieck zwischen Rhein und Mosel hat sich der Nordatlantikpakt eingegraben; als Bergbau-Unternehmen ist die Nato Spitze.

Das zentrale Hauptquartier für Europa-Mitte ist bei Börfink im Hunsrück Etage um Etage tief in den Boden versenkt. »Erwin« nennen die Militärs liebevoll ihre Trutzburg. Nicht weit entfernt haben sich die Flieger in Kindsbach und in Sembach unterirdisch einbetoniert. Die Marine hat zwar »Herbert«, ihren Kommandobunker am Ostseestrand nahe Glücksburg, doch wenn es ernst wird, gehen auch ihre Befehlshaber fern der Waterkant bei Gerolstein in der Eifel auf Tauchstation. Selbst die 500 Wehrgeophysiker der Bundeswehr können in einem 15 Meter tiefen Bunker oberhalb des Moselstädtchens Traben-Trarbach nukleare Niederschläge abwettern.

Bezahlt werden solche Kriegshauptquartiere aus dem Nato-Infrastrukturprogramm, zu dem alle Bündnisstaaten Geld beisteuern. Der Anteil der Bundesrepublik beträgt 26,8 Prozent. Mit diesem Programm soll die Fähigkeit der Nato verbessert werden, einen Atomkrieg notfalls zu führen und zu überstehen. Für die Jahre von 1980 bis 1990 sind zu diesem Zweck Ausgaben von 31,2 Milliarden Mark verplant, ein knappes Zehntel davon

für kernwaffensichere Kriegshauptquartiere.

Der Rest der Streitkräfte ist nur zweiter Klasse gesichert. Die Gefechtsstände der Luftwaffe liegen unter grasbedecktem Beton, der keinen Volltreffer übersteht, die Flugzeuge stehen in Beton-Iglus. Und für die große Masse der Soldaten ist Atomschutz eine Aufgabe, der sie bestenfalls mit ihren Klappspaten gerecht werden können.

Intensiver wird Material geschützt. Für ein Nachschubdepot des Heeres wurden im Wipertal bei Lorch 15 Kilometer Stollen in den Berg getrieben, die bis zu 80 Meter breit sind. Die Luftwaffe unterhält drei Untertagedepots in Kaufering, Mechnich und Neckarzimmern. Notstrom und Notbrunnen garantieren das Überleben und damit reibungslose Ersatzteillieferungen bis hin zu ganzen Flugzeuggruppen auch dann noch, wenn oben längst alles in Trümmer gefallen ist. Das größte dieser Depots hat 34 Kilometer Tunnelänge, es durchzieht den Berg bei Neckarzimmern, auf dem hoch oben die Burg des weiland Götz von Berlichingen steht. Mitte der neunziger Jahre soll es für 21 Millionen Mark erweitert werden.

Einen Kriegsbunker hat sich auch die bayerische Landesregierung unterhalb ihrer Staatskanzlei betonieren lassen. Und in Neustadt am Schliersee wird noch eine Alpenfestung als Ausweichquartier betriebsbereit gehalten. Die Hamburger Landesregierung hingegen wird im V-Fall sinnvollerweise vom Polizeipräsidenten aus regieren, nachdem sie zuvor jahrelang ihren Not-Sitz am Falkenstein hatte, dort, wo jetzt – ausgerechnet – das Institut für Friedensforschung logiert.

Auch die Rundfunkanstalten vertrauen der Kunst der Tiefbauingenieure. Der Bayerische Rundfunk hat seinen Sendebunker im »Tonträgerraum 25« hinter einer fernschüberwachten Tür. Der Westdeutsche Rundfunk grub sich in der Eifel ein und unter seinem Filmhaus am Kölner Appellhofplatz. Der Hessische Rundfunk hat im dritten Untergeschoß ein »Notstudio«. Und beim ZDF in Mainz führen vom tiefsten öffentlich zugänglichen Kellergeschoß gesperrte Fahrstühle weiter abwärts. Dort steht auch eine großzügig dimensionierte Klimaanlage, obwohl das Haus an sich über eine Klimaanlage auf dem Dach belüftet wird.

Damit all die vielen Nervenzentren untereinander in Verbindung bleiben, ist die verbunkerte Republik von einem separaten Telefonnetz durchzogen, dessen zur Zeit 54 Vermittlungsstellen als atomsicher gelten. Die Vermittlungsstelle in Bonn wird für 8,6 Millionen Mark weiter ausgebaut, die in Niederrambach im Hunsrück für 5,5 Millionen.

»Der Schutz betriebsnotwendiger Anlagen, denen im Verteidigungsfall besondere Bedeutung zukommt, sowie des unbedingt notwendigen Betriebs- und Betriebslenkungs-personals muß vorbereitet und durchgeführt werden«, steht in den Erläuterungen zum Bundeshaushalt über die Ausgaben für die zivile Verteidigung. Mit dieser Begründung bekommt zum Beispiel die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung 1,6 Millionen Mark für die Ausstattung von Schutzräumen, die Bundesstraßenverwaltung 1,27 Millionen. Auch die Bahn und ihre Signal- und Telefonanlagen werden gegen die Folgen atomarer Waffeneinsätze verbunkert und immunisiert – so weit das möglich ist. Der Schutz der Bevölkerung hingegen wurde lange Zeit vernachlässigt. Beim vorigen »Wintex«-Manöver zeigte sich, daß Zivilisten in der Bundesrepublik nur geringe Überlebenschancen hätten. Um wenigstens das Sterben zu ordnen, wurde erwogen, eine zusätzliche Polizeireserve von 50 000 Mann aufzustellen.

Wer Bunker für die Bevölkerung baut – so das Argument der Zivilschutzgegner –, bereite sich auf einen Krieg vor, den es doch um jeden Preis zu vermeiden gelte. Überdies verwandeln sich diese zivilen Betonburgen bei Atombombeneinschlägen selbst in einigen Kilometern Entfernung in riesige Backöfen mit Innentemperaturen von 800 Grad – kein Insasse überlebt.

Zur Zeit gibt es nur für drei Prozent der Bundesdeutschen Schutzplätze, von denen wiederum ein Teil nur unzureichend ausgestattet ist. Nach zwei Wochen spätestens müssen die Tore geöffnet werden, weil Luft, Wasser und Nahrung aufgebraucht sind. Dabei könnten, wie die Katastrophe von Tschernobyl zeigte, Schutzbau-

ten in Friedenszeiten – aber nur dann – durchaus sinnvoll sein: Wenn in der dichtbesiedelten Bundesrepublik oder grenznah in einem der Nachbarstaaten ein Reaktor außer Kontrolle gerät, könnten die umliegenden Städte nicht schnell genug evakuiert werden; im Bunker fände die Bevölkerung zumindest in der Anfangszeit Unterschlupf.

Das Zivilschutzgesetz, das bei Neubauten die Einrichtung von Schutzräumen vorschreibt, wurde vor zwei Jahren nach Protesten auf Eis gelegt. Nach dem Wahlsieg der Koalition am 25. Januar und nach den Erfahrungen von Tschernobyl wird es – so ist zu erwarten – wieder aus der Schublade geholt. Denn die christlich-liberale Koalition setzt ohnehin stärker als frühere Regierungen auf Luftschutz.

52 Millionen Mark waren im vorigen Jahr als Zuschüsse bereitgestellt worden, damit die Städte und Gemeinden Tiefgaragen und U-Bahnhöfe bunkertauglich bauten. 51 Städte, vornehmlich in Süddeutschland, haben zugegriffen. Für die Wiederherrichtung alter und den Bau neuer Bunker standen im vergangenen Jahr 33,5 Millionen Mark zur Verfügung – 33 Städte bedienten sich. Spitzenreiter war das CDU-regierte Frankfurt mit sieben Betonsilos, während in der benachbarten Hauptstadt Wiesbaden des bisher rot-grün-regierten Hessen kein einziger Schutzplatz geschaffen wurde.

Auch Glanzstücke der deutschen Kultur verschwanden schon hinter Fels und Beton. Der Aachener Domschatz ist atomsicher verwahrt, und in Oberried bei Freiburg wurde ein altes Silberbergwerk reaktiviert, in dem seit einigen Jahren das Kulturerbe der Nation mikroverfilmt in Stahltrommeln eingelagert wird.

Im anderen deutschen Staat scheint den Regierenden das Zutrauen in die eigenen Kriegsverhinderungskünste ebenfalls zunehmend abhanden gekommen zu sein. Die DDR-Führung hat sich bei Strausberg im Osten Berlins, 24 Quadratkilometer groß, ihre Bunkerlandschaft für die Polit- und Militärellite betonieren lassen. Die Anlage wird ständig modernisiert und ausgebaut.

Dokumentation
Erich Schmitt-Eenboom,
Institut für
Friedensforschung,
Starnberg

„Stem“
5.3.87

Bau der Befehlszentrale Castle Gate, aber:

Nato-Projekt nicht nur in Glimbach, auch in der Pfalz

Blick zum Großen Arius nach Ruppertsweiler

Glimbach. — In den militärischen Befehlszentralen in der Bundesrepublik fand im März „Wintex“ statt. „Wintex“ steht für Winter-Exercise, Winterübung. Alle zwei Jahre wird diese NATO-weite Übung durchgeführt. Das Kürzel „Cimex“ — der Bezeichnung „Wintex“ hinzugefügt — steht für die Zusammenarbeit von ziviler und militärischer Seite bei dieser Übung, die einen Krisen- und Ernstfall simuliert.

Für die Mönchengladbacher Nato-Stäbe bedeutete „Wintex“ den Umzug in die Kommandozone nach Maastricht, in einigen Jahren wird dies Umzug in die unterirdische Führungszentrale nach Linnich-Glimbach bedeuten. Für 150 Millionen Mark wird in Glimbach, 40 Meter tief in die Erde reichend, der Nato-Bunker für die Zweite Alliierte Taktische Luftflotte und für die Heeresgruppe Nord gebaut. Beide Nato-Stäbe sind insbesondere für den nördlichen Bereich der Bundesrepublik verantwortlich.

Die Heeresgruppe Nord besteht aus kampfkraftigen und modern ausgerüsteten Truppenteilen mit einer Friedensstärke von 200 000 Soldaten, im Verteidigungsfall von 500 000 Soldaten. Sie wird aus einem belgischen, deutschen, niederländischen und britischen Korps gebildet, die im Frieden unter nationaler Befehlsgewalt und im Verteidigungsfall unter dem Kommando der Heeresgruppe Nord stehen.

Der Zweiten Alliierten Taktischen Luftflotte haben fünf Nationen Verbände ihrer Luftstreitkräfte zur Verfügung gestellt. Belgien, Niederlande, Großbritannien, Amerika und die Bundesrepublik (Deutsches Luftflottenkommando Köln). Frühwarn- und Luftverteidigungseinrichtungen stehen zu allen Zeiten unter der Einsatzkontrolle der 2. ATAF. Alle anderen Verbände verbleiben im Frieden unter nationaler Befehlsgewalt.

Rund um die Uhr wird der Glimbacher Bunker von Militärs besetzt sein. Bei Übungen und im Ernstfall werden von dort die unterstellten Truppen geführt. Wenn die Militärs im Krisenfall also ihr Friedenshauptquartier in Mönchengladbach verlassen, werden sie in Zukunft nicht mehr nach Maastricht sondern nach Glimbach aus. Gibt es für die Mönchen-

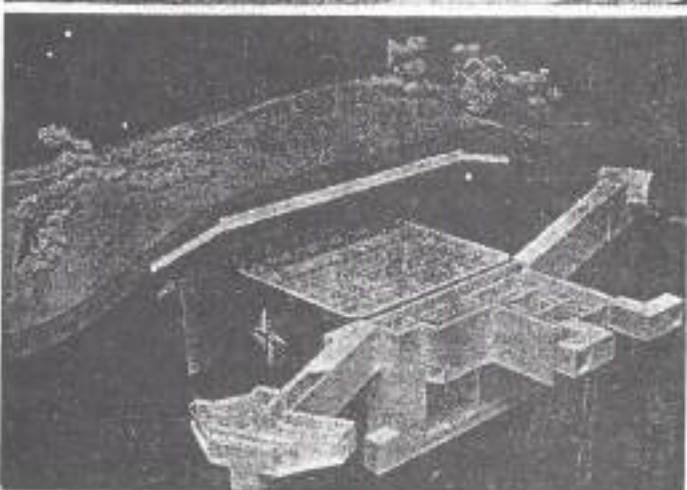
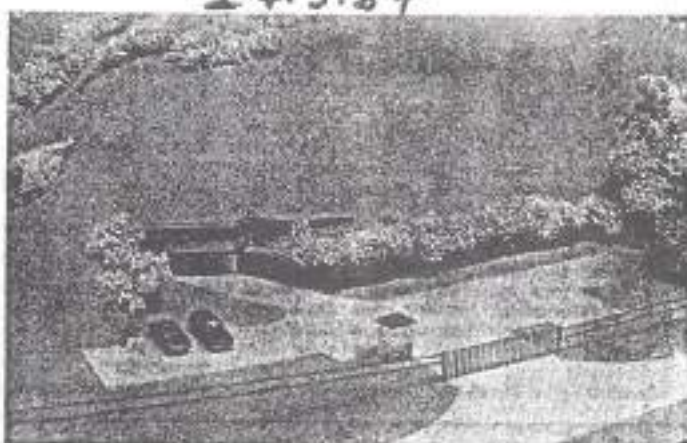
gladbacher Nato-Stäbe dann keine andere Ausweichmöglichkeit? Aus Nato-Kreisen ist zu hören, daß der Glimbacher Bunker nicht als atomwaffensicher gelten soll. Stünde er — aus welchen Gründen auch immer — nicht zur Verfügung, müßten die Stäbe auf Kommandozentralen anderer Stäbe ausweichen oder aber auf sogenannte „Mobile Kommandostände“ zurückgreifen, die mit Funk- und Fernmeldeverbindungen ausgerüstet sind. Von ihnen aus soll Truppenführung weiter möglich bleiben. Und da sie als überaus beweglich gelten, sollten sie auch kaum zu treffen sein.

Glimbach wird in den nächsten Jahren nicht die einzige Großbaustelle für einen Nato-Führungsbunker in der Bundesrepublik sein. In Ruppertsweiler in der Pfalz nahe Pirmasens wird seit Herbst 1986 eine unterirdische Stollenanlage im Feld des Großen Arius erweitert und modernisiert. Hieß es dort zunächst, zur Verbesserung der Verteidigungsbereitschaft im territorialen Bereich der Bundeswehr müsse die Anlage modernisiert werden, so wurde erst, als die Bauarbeiten schon liefen und in der Bevölkerung viele Spekulationen (sogar über Atomwaffenlagerungen) aufzuchten, die Bedeutung des Baus kundgetan. „Die beiden Hauptquartiere der Nato, die Heeresgruppe Mitte und die 4. Alliierte Taktische Luftflotte, die in Heidelberg stationiert sind, bleiben nur im Friedenfall dort. Im Verteidigungsfall gibt es für sie mehrere Möglichkeiten sich zurückzuziehen, so etwa nach Ruppertsweiler“, sagte ein Nato-Sprecher. Aber im Gegensatz zur Öffentlichkeitsarbeit beim Glimbacher Projekt (vor Baubeginn) geschah dies in Ruppertsweiler erst nach Baubeginn.

Die Bevölkerung ist in Ruppertsweiler weniger über die Kommandozone selbst, als vielmehr über die letzten Sprengungen aufgebracht. Dreimal täglich, morgens, mittags und abends, wird gesprengt. Oft auch an Wochenenden. Sorge trat auf, daß Häuser in der Nähe Schaden nehmen könnten. Friedensstute und Grube protestierten mehr aus anderen Motivationen.

Die Bauzeit am Großen Arius wird auch bis Anfang der neunziger Jahre veranschlagt. Vergleichbar mit Glimbach. Die Nato-Stäbe der 4. ATAF und der CENTAG nehmen Aufgaben wahr für Süddeutschland, wie sie die 2. ATAF und die NORTHAG für die norddeutsche Region besitzen. Vergleichbar mit Glimbach. Dennoch verläutet aus Nato-Kreisen, die zeitliche Übereinstimmung beim Bau der beiden Projekte sei rein zufällig.

Seit den 60er Jahren laufen die Planungen für „Castle Gate“ in Glimbach. In den 60er Jahren fanden auch Anhörungsverfahren statt. Seit 1984 wurden Detailplanungen auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, ehe sich der Baubeginn immer wieder verzögerte, beispielsweise wegen Probebohrungsergebnissen und wegen der Suche nach Bomben aus vergangenen Kriegen.



So soll die unterirdische Befehlszentrale der Nato „Castle Gate“ in Linnich-Glimbach nach der Fertigstellung Anfang der neunziger Jahre einmal aussehen. (Fotos: HD Northag/Twoat)

Terrorbombe explodierte

Mönchengladbach. — Ziel eines terroristischen Bombenanschlags war in dieser Woche das Nato-Hauptquartier in Rheindahlen nahe Mönchengladbach. Eine Bombe mit 100 Kilo Sprengkraft explodierte vor einem Offizierskasino. 31 Personen wurden bei dieser Terrorat verletz.

In Rheindahlen befinden sich von britischer Seite die Hauptquartiere der Britischen Rheinarmee und der Royal Air Force Germany. Von Seiten der Nato in Rheindahlen: die Stäbe der Zweiten Alliierten Taktischen Luftflotte und der Heeresgruppe Nord, deren Kommandozone in den nächsten Jahren von Maastricht in den Niederlanden nach Glimbach bei Linnich verlegt werden soll.

Zu dem Anschlag bekannte sich die irische Terrororganisation IRA, die der Britischen Rheinarmee einen verheerenden Schlag versetzen wollte. Doch getroffen wurden in erster Linie Bundeswehr-Offiziere. Zur „Northag“

Dinner Night“ war der 53-jährige deutsche Heeresoffizier, Generalmajor Hans Hoster, Chef des Stabes der Nato-Heeresgruppe Nord, Gastgeber, als die Bombe vor der Offiziersmesse explodierte.

Der Anschlag am Montag war nicht der erste im Hauptquartier.

Am 13. September 1973 explodierte am Globe-Kino, nahe dem gestrigen Tatort, eine Bombe der Irish Republicanischen Armee (IRA).

Am 18. August 1978 detonierte eine Bombe bei der Instandsetzungseinheit der Engländer im Mönchengladbacher Stadtteil Lürrip.

Am 24. August 1978 wurde im HQ eine Autobombe gefunden, die man aber rechtzeitig entschärfen konnte.

Im August 1985 erfolgte ein Sprengstoffanschlag auf einen Sendemast der US-Streitkräfte an der Aachener Straße.

-dach-



Geht ins Nato-Hauptquartier im belgischen Mons: Presseoffizier Oberstleutnant Wulf Bickenbach. (Foto: Schuhmacher)



In Glimbach sind die Vorarbeiten für den Bunkerbau noch in vollem Gange. Der Hohlweg von Glimbach nach Gevenich wird zur Zeit verlegt. (Foto: Philipp)

Bunkerbau hat begonnen

Kampfmittelräumdienst suchte Gelände ab

Glimbach. « Seit gestern morgen ist ein Trupp des Kampfmittelräumdienstes Aachen dabei. Das Areal des Saubunkers in Glim-

bach nach Überbrückung des Zweiten Weltkrieges abzubauen. Damit dürfte der Baubeginn der unterirdischen Kommandozentrale in unmittelbarer Nähe gesichert sein. Bisher wurden einige Granaten und Munitionsbefunde gefunden. Wichtig ist die Wiese abgesteckt worden, damit auch jedes Quadratmeter Boden genauestens abgesucht werden kann. Wenn die ersten Baufahrzeuge anrücken ist zur Zeit noch ungewiß,

doch dürfte nach dem Abrücken des Munitionsräumdienstes viel Zeit verstrichen werden. Bekanntlich hat das 80 Millionen Projekt schon vor dem ersten Spatenstich für einen Wühl gesorgt, besonders in den Reihen von Friedensinitiativen.

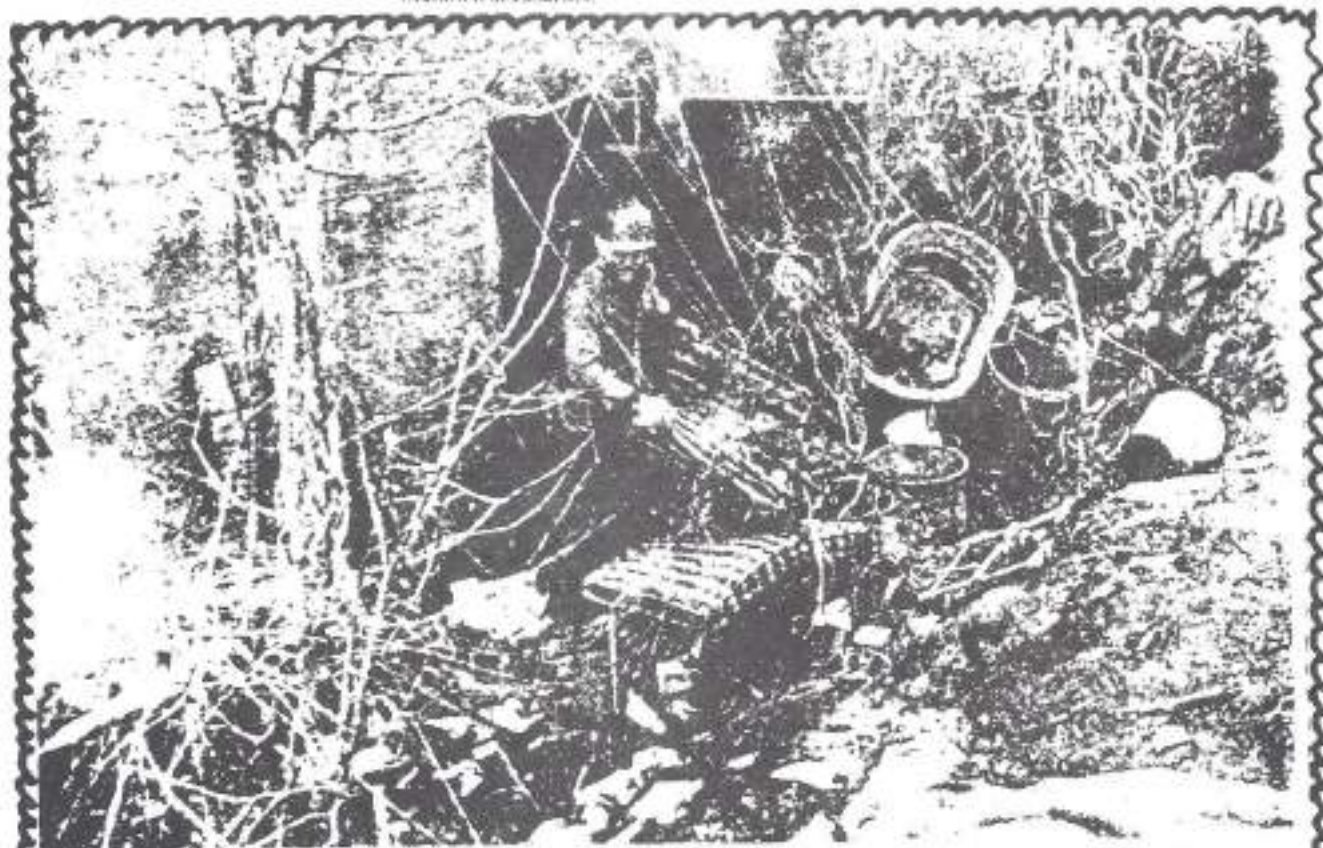
Eine dieser Koordinationsgruppen schlug vor einigen Monaten der Nato ein Schuppchen in dem sie von einem ortsansässigen

Landwirt für rund 70000 Mark ein Grundstück erwarb, welches als Sicherheitsbereich für den Bunker genutzt werden sollte. Mittlerweile haben rund 500 Interessenten einen Anteilsschein erworben, der sie zu Miteigentümern macht. Damit soll ein eventuell angestrigeltes Enteignungsverfahren zeitliche Verzögerungen beim Bunkerbau herbeiführen. Mittlerweile haben aber die zuständigen Stellen bereits erklärt, daß dieser „Husarenstreich“ der Jülicher Friedensinitiative in keiner Weise den Bunkerbau behindern werde. (51)



Seit gestern sind Angehörige des Kampfmittelräumdienstes dabei, das Baugelände des Bunkers nach Munition abzusuchen.

Aus:
Düren-Jülicher-
Woche, Aufg. Dez. 86



In Glimbach zwischen Linnich und Kotten am 25. Februar 1945: Der Gefreite Joseph Tremp aus Emmet (Michigan) räumt einen deutschen Bunker leer. Der deutschstämmige Soldat gehört zur 102. US-Infanteriedivision („Ozark-Division“).

2. Erste Berichte der DKP

Zur Führung eines Atomkrieges:

Neuer NATO-Befehlsbunker ist im Kreis Düren geplant

Proteste gegen unterirdische Kommandozentrale

Köln. UZ — Erbitterung und Empörung haben bei den Bürgern im Kreis Düren Pläne der NATO ausgelöst, in der Nähe der Gemeinde Linnich-Glimbach noch in diesem Jahr eine Kommandozentrale der Zweiten Taktischen

Luftflotte und der Armeegruppe Nord der NATO für rund 150 Millionen DM einzurichten. Bisher liegt diese geheime Kommandozentrale im belgischen Maastricht. Der NATO-Bunker soll 200 Meter tief in die Erde gegraben werden.

In den sechs Stockwerken sollen US-amerikanische, englische, belgische, holländische und Bundeswehr-offiziere unter zweieinhalb Meter starken Stahlbetonplatten den Atomkrieg führen.

Wolfgang Scholz, stellvertretender Kreisvorsitzender der DKP Rur-Erft betonte der UZ gegenüber, daß „der Bau der unterirdischen NATO-Befehlszentrale einer weiteren Militarisierung dieser Region erneut Vorschub leisten wird. Schon jetzt sitzen die Bürger im Kreis Düren-Jülich auf einem Pulverfaß. Neben den atomar bestückten Flugabwehrraketen Nike Hercules in Thum gehört der Atombomberflugplatz Nörvenich zu den größten und wichtigsten und damit auch gefährlichsten militärischen Einrichtungen im Kreis. Die DKP Rur-Erft for-

dert erneut den Stopp jeder weiteren Militarisierung und den Abzug der US-Raketen. Sie unterstützt alle Aktionen, um diese Forderungen durchzusetzen“.

Gunnar Matthiessen vom Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit in Köln sieht durch den Bunkerbau die Warnungen der Friedensbewegung bestätigt, „daß mit Pershing II und Cruise-Missiles die USA überhaupt nur den Anfang eines gigantischen Wettlaufes in Europa und insbesondere in der Bundesrepublik begonnen haben. Es geht ihnen in der Tat um die umfassende Vorbereitung einer Kriegsführungsstrategie, in der die Bundesrepublik das Hauptkampfgebiet sein soll“, erklärte Gunnar Matthiessen gegenüber ppa. „Wir müssen von der Friedensbewegung

her die Proteste der Bürger im Umfeld von Jülich massiv unterstützen und die Kampagne gegen die neue Kriegsführungsstrategie und Erstschießkonzeption verstärken.“

In einem offenen Brief an den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten haben örtliche Friedensinitiativen Johannes Rau aufgefordert, seinen Einfluß geltend zu machen, um den Bau der Kommandozentrale zu verhindern. Mit dem Hinweis, daß eine solche Kommandozentrale im Kriegsfall mit großer Wahrscheinlichkeit eines der ersten Ziele von Atombomben des Gegners sein werde, äußern die Bürger die Befürchtung, daß das NATO-Projekt für sie „den sicheren Tod“ bedeuten könne.

Fortsetzung Seite 2, Spalte 3

Fortsetzung von Seite 1

Neuer NATO-Befehlsbunker...

In dem offenen Brief fragen sie Rau: „Warum und mit welchem Recht bürden Sie dieses Risiko wieder Bürgern auf, von denen Sie gewählt wurden, um Ihre Belange zu vertreten und für ihr Wohlergehen zu sorgen?“

Der Bürgermeister von Linnich und der Oberkreisdirektor des Kreises Düren erklärten gegenüber Friedensinitiativen, sie hätten weder von der Planung gewußt noch seien sie befragt bzw. unterrichtet worden.

Der Landesvorsitzende der Deutschen Friedens-Union in Nordrhein-Westfalen und Mitglied des Bundesvorstands, Pfarrer Werner Sanß, erklärte zum Protest der Friedensinitiativen: Die Befürchtungen der Bürger in dem Brief an Johannes Rau bestehen zu Recht. „Daß die gewählten Kommunalvertreter dieser Region nicht um ihre Meinung gebeten wurden, wirft ein bezeichnendes Licht auf das Demokratieverständnis der Verantwortlichen. Zugleich werden die Grenzen der Souveränität der Bundesrepublik aufgezeigt, die Bürger müssen bei Entscheidungen von solcher Tragweite, bei der es letztlich um Leben oder Tod geht, gefragt werden.“



DÜREN intern

Stadtzeitung der DKP



NATO-Befehls- bunker verhindern

Mit jedem weiteren Mosaikstein wird das Szenario eines von den USA geplanten Atomkrieges in Europa deutlicher. Jüngstes bekanntgewordenes Vorhaben: der Plan zum Bau eines Kommandobunkers in der Nähe von Linnich! Der Bunker soll unter zweieinhalb Meter dicken Stahlbetonplatten 200 Meter tief in die Erde eingegraben werden. Kosten soll uns dieser Sargnagel runde 150 Millionen DM.

So fügen sich die Details zu einem Gesamtbild zusammen. Am Anfang steht die Stationierung von Erstschlagwaffen Pershing II und Cruise Missiles. Sie passen sich in die sogenannte Enthauptungsstrategie ein. Aggressive Militärkonzepte wie "AirLand Battle

2000" werden aus der Schublade geholt, Weltraumwaffen ins All gebracht, Verhandlungen bereits im Ansatz so angelegt, daß sie gar kein Verhandlungsergebnis bringen können. Und nun der zu

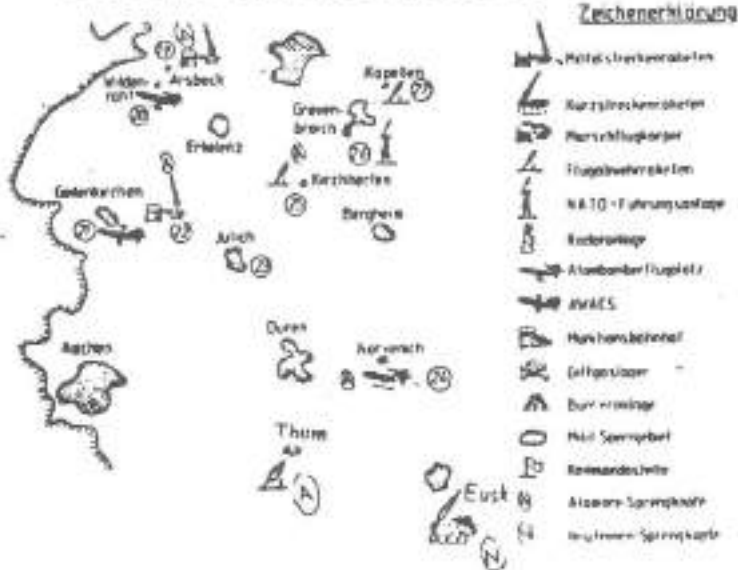


HER MIT DEM LEBEN! WEG MIT DEN US-ATOMRAKETEN.

all dem passende unterirdische "Feldherrenhügel".

Es müßte langsam jedem klargeworden sein, daß es der Reagan-Administration mit ihrem gigantischen Aufrüstungsprogramm um die Vorbereitung (und letztlich auch Führung) eines Atomkrieges mit dem Hauptkampffeld Bundesrepublik geht. Makaber, daß sie dabei von "unserer" Regierung auch noch willfährig Unterstützung an allen Frontabschnitten erhält.

Mit dem Bau des Bunkers schreitet die Militarisierung unserer Region weiter fort. Der Atom Bomberflugplatz in Nörvenich gehört zu den wichtigsten militärischen Einrichtungen; ebenso wie die atomar bestückten Flugabwehrraketen "Nike Hercules" in Thum, die bald gegen die neue "Wunderwaffe Patriot" ausgetauscht werden sollen. Schon jetzt leben wir im Kreis Düren auf einem Pulverfaß!



Gewußt hat natürlich niemand von den Plänen; die verantwortlichen Politiker in Stadt, Kreis und Land nicht, am allerwenigsten die Bürger im Kreis Düren.

Ebenso wenig wie die Bundesregierung sich um Volkes Meinung bei der Raketenstationierung schert, fragt in den Führungsstäben der NATO selbstverständlich niemand danach, was betroffene Bürger von einer unterirdischen Kommandozentrale in ihrer Gegend halten. Erneut soll ein Stück Kriegsführung über die Köpfe hinweg durchgesetzt werden. Doch die überwältigende Mehrheit

der Bevölkerung will weder die neuen US-Raketen noch Pläne oder Bunker, diese einzusetzen. Die von der Friedensbewegung selbstorganisierten Volksbefragungen am 17. Juni haben dies noch einmal verdeutlicht.

Küßt Sicherheit
im Frieden...



Die örtlichen Friedensbewegungen unserer Region werden sich in gemeinsamen Aktionen gegen die unterirdische Befehlszentrale zusammenfinden. Schon jetzt finden Treffen diesbezüglich statt; es werden weitere folgen.

Gefordert sind auch die Sozialdemokraten. Es ist hervorzuheben, wenn Felix Röhlich als Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion den Bunkerbau in einem Kommentar aufgreift. Dabei darf es allerdings nicht bleiben. Den Worten müssen Taten folgen. Die Landesregierung von NRW muß ihren Einfluß geltend machen, damit die Bunkerpläne nicht in die Tat umgesetzt werden. Die Dürener SPD darf in ihrem Programm zur Kommunalwahl das Thema Frieden nicht stillschweigend unter den Tisch fallen lassen. An dem Beispiel des Bunkerbaus wird deutlich, daß Friedenspolitik immer auch lokale oder regionale Entsprechungen hat.

Die DKP wird alle Aktionen unterstützen, die mit dazu beitragen, daß diese unterirdische Befehlsleitstelle nicht in Betrieb genommen wird.

Dieser Kommandobunker muß verhindert werden. Von dort aus soll einst der Atomkrieg mitgeführt werden!



**Weniger Waffen!
Arbeitsplätze schaffen!**

3. Regionaler Widerstand



The text in this block is extremely faint and illegible, appearing to be a paragraph of text.

The text in this block is extremely faint and illegible, appearing to be a paragraph of text.





WEHRT EUCH!

Kein NATO-Bunker in LINNICH

Im Zuge der sogenannten Nachrüstung wurde im Sommer 1984 in Linnich mit dem Bau einer NATO-Kommandozentrale begonnen, die zur Aufgabe hat, im Kriegsfall einen Einsatz von Heer und Luftwaffe zu koordinieren. Etwa 700 Kampfflugzeuge, AWACS, Cruise Missiles, Pershing 1A und 1B sowie Perahing 2 sollen in einem Einzugsbereich, der sich von der dänischen Grenze bis zur Linie Frankfurt-Kassel und den Benelux-Staaten erstreckt, befehligt werden.

Erstmals werden mit diesem Projekt Strukturen zur Durchführung des „Air-Land-Battle-Konzeptes“ geschaffen, d.h., daß durch den gemeinsamen Einsatz von Heer und Luftwaffe das Ziel der Vornewegverteidigung sowie der Erstschlagmöglichkeit und damit auch der Begrenzung von Atomkriegen erst denkbar und durchführbar wird.

WIR FORDERN DESHALB

den sofortigen Stopp der Baumaßnahmen in Linnich

Der Aufruf wird unterstützt von:

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) Jülich – Arbeitskreis für Abrüstung und Frieden, Geilenkirchen – Bezirks-schülervertretung des Kreises Düren – Reiner Dauven (Lehrer), Aldenhoven – Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Jülich – Matthias Flecher (Student), Erkelenz – Friedensforum des Rhein-Sieg-Kreises – Friedensinitiativen Aachen, Aldenhoven, Düren, Horren, Jülich, Linnich, Stolberg – Jürgen Gertach – Gewattfreie Aktion (GA), Köln – Die Grünen Ortsverein Alsdorf, Kreisverband Düren, Ortsverband Jülich – Walter Grundmann (Gewerkschaftssekretär), Düren – Margit Grzesiak, Eschweiler – Hertz Haltinge (Kfz-Meister), Ubach-Palenberg – Josef Henen, Jülich – Dr. Sabina Hopmann, Jülich – Initiative Ärzte gegen Atomtod (IPPNA), Aachen – Jungsozialisten Arbeitsgemeinschaft Jülich, Unterbezirk Düren – Gruppe Karus, Aachen – Dr. Ing. Hermann Knöfer (Rentner), Jülich – Lily Koppers, Linnich – Landesschülervertretung Nordrhein-Westfalen – Dr. Landolf Müselshagen, Bonn – Walter und Jose Maßmann, Jülich – pax christi Gruppe Bonn – Georg Rath, Jülich – Gerd Reckmann (Oberstudienrat), Vaals (NL) – Ansgar Robel, Düren – Dr. R. G. Schaefer, Jülich – Dr. Burghard Schmidt, Jülich – Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Ortsverein Linnich – Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), Düren – Sozialistische Jugend Deutschlands (SJD) „Die Falken“, Aldenhoven, Jülich – Hildegard und Willi Speck, Düren – Georg Urbach, Eschweiler – Reiner Vietten, Osnabrück – Waltraud Wertz, Jülich

An den Koordinationsausschuß Linnich,
c/o Burthard Giesen, Marktplatz 7, 5170 Jülich

Wir sind / ich bin bereit, den Aufruf „Wehrt Euch! Kein NATO-Bunker Linnich“ zu unterstützen. Den Unterstützerbetrag von mindestens 20,- DM haben wir / habe ich auf das Sonderkonto überwiesen.

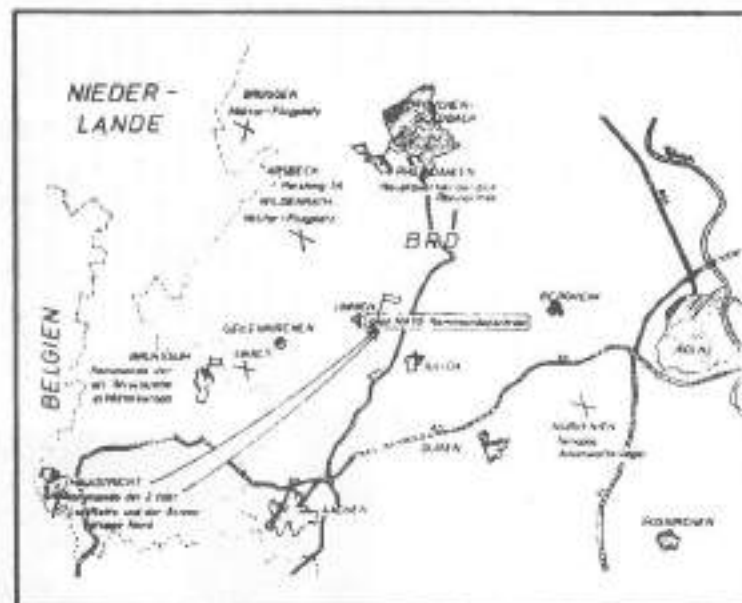
Name (Titel/Beruf):

Anschrift:

Unterschrift:

Sonderkonto: „Aldon NATO-Bunker Linnich“, B. Giesen, Kreisparkasse Düren (BLZ 395 501 10); Konto-Nummer 504 77 90

SIE BAUEN FÜR DEN KRIEG: NATO-Kommandozentrale LINNICH



Das Projekt

Sechs Stockwerke sollen vierzig Meter tief in die Erde gesetzt und von einer zweieinhalb Meter dicken Stahlbetondecke und einer zwölf Meter breiten Dämmschicht abgeschirmt werden. Die Grundfläche des Betonklotzes, in dem 200 bis 300 Personen arbeiten sollen, wird 40 x 45 Meter betragen. Für den Ernstfall wird vorgesorgt: Die Kommandozentrale erhält eine Notstromversorgung sowie einen eigenen Brunnen, der eine unabhängige Wasserversorgung gewährleisten soll. Sozusagen als Clou des Ganzen wird der Bunker auf eine Schwingplatte gesetzt, die von Rheinbrunnen verursachte Erdabsenkungen abfangen soll.

Warum eine neue Kommandozentrale?

Offiziell passiert eigentlich nichts Aufregendes. Die NATO wird lediglich zwei Hauptquartiere von der einen Kommandozentrale in die

andere verlegen, „nur ein Umzug“. Die „eine“ Kommandozentrale befindet sich derzeit in Maastricht. Eingespart sind dort die Hauptquartiere der 2. Alliierten Taktischen Luftflotte (2. ATAF) und der Heeresgruppe Nord (NORTHAG). Beide zuständig für die Verteidigung zu Luft bzw. auf der Erde in einem Gebiet, welches neben den Benelux-Staaten und Teilen der Nordsee den Bereich zwischen der Linie Frankfurt-Kassel und der dänischen Grenze umfaßt. Daß der Bau einer neuen Kommandozentrale in Linnich nun nötig wurde, liegt ausschließlich daran, daß die Zentrale in Maastricht mittlerweile aus baulichen Gründen überaltert sei, so jedenfalls sieht es der zuständige NATO-Pressesprecher, Oberstleutnant Wulf Bickenbach.

Air-Land-Battle

Warum die NATO nun eine neue unterirdische Kommandozentrale baut, wobei der Standort ja nicht

das Entscheidende ist, läßt sich in einer neuen Doktrin nachlesen. Im „Air-Land-Battle“-Konzept, nachdem ab Mitte der 80er Jahre gekämpft und auch gesiegt werden soll, heißt es:

„Das Konzept der ‚Air-Land-Battle‘ skizziert ein Herangehen an militärische Operationen, daß das gesamte Potential der US-Streitkräfte verwirklicht. Die Ausweitung des Schlachtfeldes und die Integration konventioneller, nuklearer, chemischer und elektronischer Mittel werden kombiniert, um ein Schlachtfeld zu beschreiben, auf dem die feindlichen Truppenverbände in voller Tiefe angegriffen werden. Wir streben die Fähigkeit zur frühen Initiative durch offensive Aktionen mit Luft- und Landstreitkräften an, um das Ende der Schlacht zu unseren Bedingungen herbeizuführen.“

350 bei erster Gesellschaftsversammlung in Jülich für Glimbacher „Friedensacker“

JÜLICH. — „Werft Erde ins Natogetriebe“ lautete die Losung der ersten Gesellschaftsversammlung „Friedensacker“, die am Sonntag in Jülich tagte. Wie bereits gemeldet, ist es der Friedensbewegung gelungen, ein Gelände von knapp 8000 Quadratmetern im Sicherheitsbereich der geplanten NATO-Kommandozentrale in Linnich-Glimbach zu erwerben. Innerhalb von vier Monaten wurden hier-

für bundesweit 750 Anteilsscheine zu je 100 Mark verkauft.

Ziel dieses ersten Treffens, an dem insgesamt 350 Personen – darunter 178 Anteilseigner – teilnahmen, war es, den Informationsfluß sicherzustellen, die Frage der Grundbucheintragung aller Anteilseigner als „Eigentümer-Gemeinschaft“ zu diskutieren und über das rechtliche Verfahren einer

möglichen Enteignung aufzuklären.

Zur Tagesordnung dieses Treffens gehörte auch eine abschließende Fahrt nach Glimbach zum „Friedensacker“ und zum Bunker-gelände.

In den geschäftsführenden Ausschuß der Gesellschaft „Friedensacker“ wurden gewählt: Burkhard Giesen, Edith Gründler, Josef Kohl, Babi Kullartz, Georg Menzen und Helmut Sauer. -AK-

JVZ

16.12.86

Eins, zwei, viele Friedensparzellen

Rüstungsgegner vermuten fehlende öffentliche Anhörung beim Kauf des NATO-Bunkergeländes in Glimbach / „Friedensacker“ ist Eigentümerin eines Sperrgrundstücks, das parzellenweise an Mitglieder der internationalen Friedensbewegung verkauft wurde

Von Matthias Holland-Letz

Jülich (taa) — Stolpert die NATO im nordrhein-westfälischen Glimbach über ein unkorrektes Genehmigungsverfahren? Das hoffen zumindest die Gegner der unterirdischen NATO-Kommandozentrale, die zur Zeit in dem 500-Seelen-Dorf zwischen Köln und Aachen gebaut wird.

Die Antimilitaristen hegen den starken Verdacht, daß die Militärs das gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Anhörungsverfahren in den sechziger Jahren umgangen haben. Ein juristisches Gutachten soll nun klären, ob eine Klage gegen den Weiterbau der 150-Millionen-Projekts Aussicht auf Erfolg hat. Auf diesen Beschluß einigte sich am vergangenen Samstag die Gesellschaft „Friedensacker“ in Jülich bei Köln.

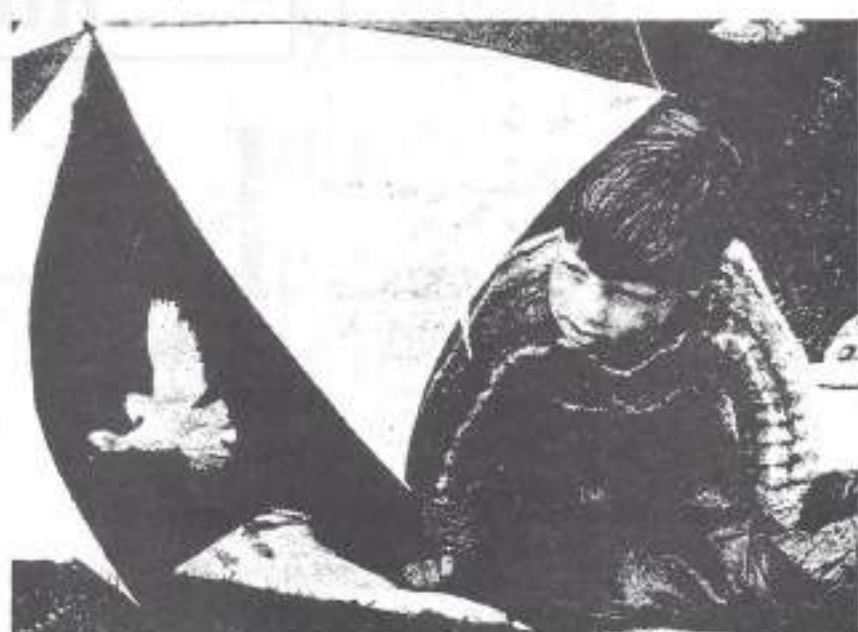
Die 882 Mitglieder der Gesellschaft sind Eigentümer eines Ackers, der als Sperrgrundstück im Sicherheitsbereich der künftigen NATO-Kommandozentrale liegt. Im Kriegsfall lenken die NATO-Oberen vom Glimbacher Bunker aus die Operationen der Zweiten Alliierten Taktischen Luftflotte (2.A.TAF) und der 290.000 Mann starken Armee-gruppe Nord (NORTHAG).

Um ein Enteignungsverfahren zu erschweren, haben die antimilitaristischen GrundbesitzerInnen das 6.000 Quadratmeter große Areal in 750 Parzellen zerlegt und diese einzeln weiterverkauft. Einen Zipfel vom „Friedens-

acker“ besitzen heute nicht nur Prominente wie Horst Eberhard Richter und Petra Kelly ihr eigen, sondern auch RüstungsgegnerInnen aus dem Ausland, etwa aus den USA, aus Malta oder Griechenland. Für ausländische Parzellenbesitzer gelte allerdings bundesdeutsches Recht, sagte Gregor Bach, Enteignungskommissar beim Kölner Regierungspräsidenten, zur taz. Durch Anteilseigner aus anderen Staaten werde das Enteignungsverfahren lediglich „um drei, vier Monate“ verzögert.

75 GesellschafterInnen trafen sich jetzt in Jülich, darunter auch ein Vertreter aus Dublin und die vierköpfige Delegation einer Friedensinitiative aus der nordspanischen Provinz Navarra. Ihnen berichtete Helmut Sauer, Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der Gesellschaft, vom Ankauf des Bunkergrundstücks. Die öffentliche Anhörung für den Grunderwerb sei angeblich am 20. November 1967 abgeschlossen worden, sagte er.

Ende 1984 ließ aus der zuständigen Kreis Düren ein Areal unter Landschaftsschutz stellen, welches das Baugebiet für den NATO-Bunker am Glimbacher Moolberg miteinschließt. „Ein Indiz dafür, daß 1967 kein Anhörungsverfahren gelaufen ist“, so Sauer. „Sonst hätte der Kreis dieses Gebiet ausgeklammert.“ Im Frühjahr 1986 habe dann ein NATO-Vertreter an einer Sitzung des Rates der Stadt Linnich teilge-



Jedem sein Zipfel vom Friedensacker

Foto: Erika Sulzer-Kleinemeier

nommen, weiß Sauer. Dessen Mission: die Ratsvertreter darüber zu informieren, daß weitere Grundstückskäufe für den Bunkerbau nötig sind – aus Sicherheitsgründen. Und wieder, so Sauer, seien weder Gemeinden noch betroffene Bürger an dem Verfahren beteiligt worden.

Ulrich Koch, Pressesprecher des Kölner Regierungspräsidiums, widerspricht: Die Kommu-

nen seien damals als Grundeigentümerinnen „angehört worden“; die damals noch selbständige Gemeinde Glimbach habe den Verkäufen zugestimmt. Koch weiter: Wenn auch Landwirte später ihre Grundstücke freiwillig zur Verfügung gestellt hätten, „reicht das aus“. Eine öffentliche Anhörung sei dafür nicht erforderlich.

Nun sucht die Gesellschaft „Friedensacker“ nach einem An-

waltsbüro, das ein Rechtsgutachten erstellen und später womöglichen Prozeß führen kann. Auch fehlt es den RüstungsgegnerInnen an Geld, um beides zu finanzieren. Kontaktadresse der Gesellschaft „Friedensacker“: Gaby Sauer, Kopernikusstr. 20, 5170 Jülich. Bankverbindung des Rechtshilfefonds: Kreissparkasse Düren, BLZ 395 501 10, Konto-Nr. 50 39 342.

taz 10.11.87

Friedensbewegung legte Bauarbeiten still:

Massives Polizeiaufgebot bei Blockade in Glimbach

Friedlicher Verlauf – Demo am Nachmittag

Von HELMUT JANSSEN
UND FRITZ KREMER

Linnich/Jülich. — Mit zunehmender Dauer der Bauarbeiten häufen sich die Aktionen der Friedensbewegung am künftigen Nato-Bunker in Glimbach. Innerhalb von 14 Tagen kam es zu einer weiteren Blockadeaktion am gestrigen Morgen, der sich eine mehr als durftig frequentierte Demonstration am Nachmittag in der Jülicher Innenstadt anschloß. Einem massiven Polizeiaufgebot sahen sich die zirka 80 Blockierer bzw. Demonstranten gegenüber. Anders als vor 14 Tagen, verliefen diese Veranstaltungen jedoch friedlich.

Am 8. Mai war es bekanntlich zu Ausschreitungen gekommen, als Blockierer den Bauzaun niedergerissen hatten und in das Baugelände eingedrungen waren. Dies war nach Angaben der Polizei auch der Grund für das jetzige „massive Aufgebot“ von Sicherheitskräften. Neben Einsatzhundertschaften aus

Bergheim, Bonn, Linnich und Aachen, die mit zwei Wasserwerfern angerückt waren, hatte man in ungewöhnlich großer Zahl Vertreter des Verfassungsschutzes und der politischen Spezialeinheit K14 der Kripo Aachen nach Glimbach beordert.

„Arroganz der Staatsmacht“

Die Friedensbewegung verurteilte das Polizeiaufgebot als „eine Arroganz der Staatsmacht“. Gleichzeitig erwähnten die Demonstranten jedoch positiv das Verhalten der Sicherheitskräfte, die nicht eingriffen und friedlich mit ihnen diskutierten. Auch die Polizei lobte ihrerseits die Disziplin und das gewaltlose Verhalten der Blockierer, die bereits um 6 Uhr in der Früh am Nato-Bunker aufgetaucht waren und sich in mehreren Sprechergruppen mit Transparenten in den Innenraum des Baugeländes begaben. Dort blockierten sie für etwa anderthalb Stunden

Fortsetzung nächste Lokalseite



Transparente, auf denen Friedensinitiative und DKP gegen den Nato-Bunker in Glimbach protestierten, wurden am Demo-Sammelpunkt auf dem Schloßplatz für Presse und Passanten entrollt, ehe sich die Organisationsleitung entschloß, trotz einer enttäuschenden Teilnehmerzahl doch noch einen Zug durch die Jülicher Innenstadt zu veranstalten.

Foto: Inge Petersen

SA 6. 10. 87



Gegen den „Kriegsführungsbunker“ der Nato demonstrierten am Sonntag in Glimbach in weißen Kitteln „Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges“.
Foto: Nachrichten

Ärzte demonstrierten in weißen Kitteln am Bunker

Friedlicher Protest gegen die Nato-Pläne

Glimbach. — In weißen Kitteln demonstrierten am Sonntag nachmittag „Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges“ am Nato-Bunker in Glimbach. Die deutsche Sektion der internationalen Friedensorganisation IPPNW (International Physicians for the Prevention of Nuclear War) hatte in Zusammenarbeit mit dem Koordinationsausschuß Linnich (KAL) zum Protest aufgerufen. Circa 90 Teilnehmer fanden sich am Rande der Nato-Baustelle ein.

Als Aktionsbasis und Treffpunkt diente den Beteiligten die Schafhütte auf dem „Friedensacker“ direkt neben dem Baugelände, vom Koordinationsausschuß Ende August dort errichtet. Vor dem eigentlichen Rundgang hielt Dr. Wilfried Duisberg aus Aachen eine kurze Ansprache über Anlaß, Sinn und Zweck dieser Veranstaltung. Bei seiner Rede war auch ein Kamerasteam der ARD anwesend.

„Endlich sind die Probleme der Raketen-überrüstung auch in die Hirne der Politiker eingedrungen“, begann Dr. Duisberg seinen Vortrag. In der jüngsten Zeit zeichneten sich Abrüstungspläne ab, worüber die IPPNW sehr glücklich sei, die aber letztlich nichts an der Gesamtbedrohung änderten. Sie wollten gegen den Nato-Bunker protestieren, weil er als „Kriegsführungsbunker“ nicht nur ein Teil der Rüstungsmaschinerie

sei, sondern auch als Ziel des Gegners eine passive Bedrohung der Bevölkerung darstelle.

Die „harmlos erscheinende Feldbaustelle“, wie Dr. Duisberg sich ausdrückte, bedrohe Leben, und sie als Ärzte seien dazu da, Leben zu erhalten.

Er beglückwünschte in seiner Rede den Koordinationsausschuß, weil es ihm gelungen sei, den „Nato-Landaufkäufern“ diesen Friedensacker vor der Nase wegzuschnappen“ und gleich an 750 Anteilseigner zu verkaufen. Damit hätten sie einer möglichen Enteignung vorgebeugt und den Friedensinitiativen eine gute Operationsbasis erhalten. Anschließend lud Dr. Wilfried Duisberg zu einem gemeinsamen Rundgang um den Sicherheitszaun ein.

Helmut Sauer vom KAL informierte die Mediziner über den Befehlshaber, seine Funktion und wie er in die Strategie der Nato eingebunden wird. Die circa 90 Teilnehmer am Sonntagsspaziergang, von denen einige ein Transparent mit der Aufschrift „Den Atomtod vermeiden - Im Ernstfall kann kein Arzt helfen - Wir helfen jetzt!“ trugen, zogen am Zaun, der das Baugelände umgibt, vorbei. Einige Mitglieder der Friedensinitiative hatten am Zaun ein großes Plakat mit der Aufschrift „Sie bauen für den Krieg“ angebracht.

H. G.

"JÜLICHER ERKLÄRUNG"

Seit mehr als 2000 Jahren arbeiten und leben Menschen in Jülich. In diesem Jahr begehen wir die 750-Jahr-Feier der Gründung der Stadt Jülich.

Hier haben die Menschen durch ihre Arbeit, ihre Ideen, ihre Kultur vieles geschaffen, auf das wir stolz sein können.

Gleichzeitig war der Lebensrhythmus der 2000-jährigen Geschichte unsere Stadt durch immer verheerendere Kriege geprägt.

Mit dem 16. November 1944 ging Jülich als "die meist zerstörte Stadt Deutschlands" in die Geschichte ein; 97,3% Fläche Jülichs wurde zerstört.

Damals waren sich alle einig: Jülich sollte niemals wieder Garnisonsstadt, nie wieder Kriegsschauplatz sein.

In der "atomwaffenfreien Stadt Jülich" und in ihrer Umgebung befinden sich entscheidende militärische Objekte:

In Glimbach wird ein hochmodernes, unterirdisches NATO-Hauptquartier gebaut. Dieser Bunker macht Jülich zum vorrangigen Ziel eines atomaren oder konventionellen Gegenschlages. Es gäbe keinerlei Überlebenschance.

Im Heeresinstandsetzungswerk werden militärische Fahrzeuge für den Kriegsfall hergerüstet und repariert. Fahrzeuge der US-Army gehen von Jülich, mittel- oder unmittelbar, in internationale Krisengebiete. Durch Rüstungskonversion könnten hier mehr und sinnvollere Arbeitsplätze geschaffen werden.

Zivile Bauprojekte, wie z.B. der Tiefgaragenbau in der Jülicher Innenstadt, werden im Rahmen des sogenannten "Zivilschutzes" in die NATO-Strategie eingebaut und verschlingen zusätzliche Beträge in Millionenhöhe.

Im Kreiswehrrersatzamt werden ab 1989 Jugendliche 18 statt bislang 16 Monate eingezogen. Hier werden Krankenschwestern, Ärzte und anderes Pflegepersonal für den "Ernstfall" erfasst. Setzt sich die Rechtsregierung durch, werden künftig von dort Frauen zur Bundeswehr eingezogen.

In unmittelbarer Nähe Jülich's befinden sich Standorte von Pershing IA-Raketen (Geilenkirchen), von Tornado-Bombern und Atomwaffenlager (Nörvenich).

Dies alles- insbesondere der NATO-Bunker in Linnich- sind Relikte "Alten Denkens". Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit wurde durch das Mittelstreckenabkommen ein realer Abrüstungsschritt getan.

JETZT MUSS ES WEITERGEHEN ! Neue Abrüstungsschritte müssen folgen
Anlässlich der 750-Jahr-Feier fordern wir den Stadtrat auf, Initiativen zu ergreifen, für den

Sofortigen Baustopp des NATO-Bunkers in Linnich !
Umstellung des Heeresinstandsetzungswerk auf Zivilproduktion !
Streichung aller Gelder des "Zivilschutzes" im Stadthaushalt !

Die Bundesregierung fordern wir auf, Initiativen zu ergreifen für:

50 %ige Reduzierung der strategischen Kernwaffen der USA & UdSSR
Teststopp aller Kernwaffen !
Verhinderung von SDI - Annulierung des SDI-Abkommens !
Weltweites Verbot und Vernichtung der chemischen Waffen !

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Forderungen der JÜLICHER ERKLÄRUNG :

Name	Adresse	Organisation/Funktion
-----	-----	-----
-----	-----	-----
-----	-----	-----
-----	-----	-----
-----	-----	-----
-----	-----	-----
-----	-----	-----
-----	-----	-----
-----	-----	-----

(Funktions-, Organisationsangaben dienen nur zur Information)

Die JÜLICHER ERKLÄRUNG und die Unterstützer sollen anlässlich der offiziellen Feierlichkeiten zum Stadtjubiläum in einer großen Anzeige in der "Jülicher Volkszeitung/Jülicher Nachrichten" veröffentlicht werden.

Spenden zur Finanzierung der Anzeige bitte auf das Konto: G.Gärtner, Postscheckkonto Köln, Kto.-Nr. 2364 92-502, Stichwort: Jülicher Erklärung



Friedensversammlung Rheinland Ostermarsch Ruhr

Alle Pershings raus! Abrüstung jetzt! Die Chance ist da!

In den nächsten Wochen entscheidet sich, ob ein Abkommen über die Verschrottung der atomaren Mittelstreckenraketen zustande kommt ("doppelte Null-Lösung"), und ob damit endlich ein Einstieg in die atomare Abrüstung möglich ist.

Der jahrelange Druck der Friedensbewegung hat diese günstige Entwicklung mit herbeigeführt. Die vielfältigen sowjetischen Abrüstungsinitiativen der letzten Zeit zeigen, daß sich auch bei führenden Politikern und bei Regierungen ein neues Denken entwickelt. Aktuellstes Beispiel dieser neuen Politik ist die Bereitschaft der Sowjetunion, durch weitreichende Zugeständnisse mit der USA ein Abkommen zu unterzeichnen, das die weltweite Verschrottung der atomaren Mittelstreckenraketen vorsieht.

Dem konnte sich die Bundesregierung nicht mehr länger entziehen. Sie lief Gefahr, sich in ihrer Rolle als Oberbremser der Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion auch international so zu isolieren wie die CDU in der Endphase der "Adenauer-Ära" Mitte der 60er Jahre.

Dabei haben wir keine Illusionen.

Wir sehen, daß die Zustimmung der Bundesregierung zur "doppelten Nulllösung" und der angekündigte Verzicht auf die Modernisierung der Pershing IA mit vielen "Wenn und Aber" gekoppelt ist. Kanzler Kohls individuelle "Richtlinienentscheidung" ist aufgrund des massiven Widerstands der CSU nicht zu einer verbindlichen Regierungserklärung geworden.

Nach wie vor beharren die USA darauf, die Atomsprenköpfe der Pershing IA nicht in ein Abkommen miteinzubeziehen.

Die anmaßenden "Bedingungen" von Kohl für den Modernisierungsverzicht (Abkommen muß ratifiziert sein, Mittelstreckenraketen müssen abgezogen sein) und vor allem die Beibehaltung der Pershing IA bis 1991 lassen uns neue Tricks befürchten.

Das zähneknirschende "Ja" von Dregger und der Unions-Mehrheit zur Kanzler-Erklärung, ihre leidenschaftliche Verteidigung der atomaren Kriegsführungspläne der NATO und der Bundeswehr wirken auf uns ganz und gar nicht beruhigend.

Neue atomar bestückbare Kurz- und Mittelstreckenraketen sollen entwickelt werden. Dafür hat Minister Wörner bereits heimlich 100 Millionen DM beiseite schaffen lassen.

In NATO-Kreisen gibt es operativ-taktische Planungen für "Schläge ins feindliche Hinterland". Wie vor 50 Jahren sollen die Wechsel-Übergänge und die Eisenbahn-Knotenpunkte im polnisch-sowjetischen Grenzgebiet Angriffsziele dieser "Vorne-Verteidigung" bilden. Nicht zuletzt in den diesjährigen Herbstmanövern kommt diese Tendenz deutlich zum Ausdruck.

Wir müssen wachsam sein, damit die Bundesrepublik auch nach dem Auslaufen des Atomwaffensperrvertrages im Jahre 1995 grundsätzlich auf jede Beteiligung an der Atomrüstung verzichtet. Hierzu gehört auch der geplante Einstieg in die Plutoniumwirtschaft, der den Zugriff auf eigene Atomwaffen ermöglicht. U.a. deshalb müssen die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf und der "Schnelle Brüter" in Kalkar verhindert werden.

Ebenso lehnen wir die Bestrebungen ab, durch eine militärische Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Frankreich eine neue atomare Großmacht in Europa zu schaffen.

Wir fordern die Verschrottung aller in West- und Osteuropa verbleibenden Atomwaffen.

Die Friedensbewegung wird in ihren Aktivitäten für den Einstieg in die Abrüstung nicht nachlassen. Wir wollen das Ende von Geist, Logik und Politik der atomaren Abschreckung. Wir wollen uns von der atomaren Bedrohung befreien und bei uns damit beginnen.

Wir wollen ein atomwaffenfreies Europa.

Europa braucht eine Friedensordnung, die Abrüstung und Zusammenarbeit, Versöhnung und Gerechtigkeit gegenüber allen Völkern, sowohl in Osteuropa als auch in der "Dritten Welt" ermöglicht und fördert.

Es geht nicht nur um die Durchsetzung eines jetzt möglichen Erfolges bei den Mittelstreckenraketen, sondern auch um die Erkämpfung weiterer Abrüstungsschritte.

Der Reißverschluß hat sich geöffnet. Jetzt müssen wir ihn ganz aufziehen. Die Voraussetzungen sind so gut wie nie zuvor.

Erste Schritte, wie die Errichtung von atom- und chemiewaffenfreie Zonen in Mitteleuropa, müssen von der Bundesregierung unterstützt und nicht boykottiert werden.

Wir verbinden unsere Forderung nach sofortigem Verschrotten aller atomaren Mittelstreckenraketen mit der Forderung nach sofortigem Baustopp der geplanten unterirdischen NATO-Kommandozentrale im benachbarten Linnich-Glimbach, von wo aus im "Ernstfall" der Einsatz der Atomwaffen gesteuert wird.

Deshalb demonstrieren wir selbstbewußt und entschieden am 17.10. am Standort der Pershing-IA-Raketen in Geilenkirchen.

**Alle Pershings raus!
Abrüstung jetzt!
Die Chance ist da!**

4. Ostermärsche



OSTERMARSCH 1986: Glimbach-Jülich

In der Tradition der Ostermärsche rufen die Friedensgruppen der Region zum Ostermarsch 1986 auf. Wir wollen in diesem Jahr am Ostersonntag ein sichtbares Zeichen setzen:

Wir dürfen nicht schweigend zusehen, wenn unser Land Stück für Stück mit einer gigantischen Aufrüstungswelle überzogen wird.

Wir dürfen nicht schweigend zusehen, wenn in unserem Land Stück für Stück einzelne Bausteine des Angriff-Konzeptes 'AirLand-Battle' verwirklicht werden.

Wir dürfen nicht schweigend zusehen, wenn vor unseren Augen in Glimbach eine Leitzentrale geschaffen wird, die den Einsatz konventioneller, nuklearer, chemischer und elektronischer Waffen miteinander verbindet.

Wir fordern deshalb:

SOFORTIGER STOPP DER BAUMASSNAHMEN IN GLIMBACH

- Abbau der Pershing II
- Keine Stationierung von Cruise Missiles
- Einfrieren und Senken der Rüstungsausgaben
- Ächtung und Abschaffung aller atomaren, biologischen und chemischen Waffen in Ost und West
- Kein Rüstungsexport
- Keine Stationierung von Waffen im Weltraum
- Keine deutsche Beteiligung an SDI

Kontakt:

Koordinationsausschuß Linnich:

c/o Burkhard Giesen (V.i.S.d.P.), Marktplatz 7, 5170 Jülich,
Telefon 02461/3136.

Düren: Sigi Nievelstein, Meiringplatz 3, 5160 Düren,
Telefon 02421/34569.

Gellenkirchen: Arbeitskreis Abrüstung und Frieden,
c/o Ludwig Ramacher, Am Sonnenhügel 32,
Telefon 0241/804625.

Köln: Gewaltfreie Aktion (GA) Köln, c/o Rainer Praetorius,
Mauritiussteinweg 39, 5000 Köln 1, Telefon 0221/211226.

Aachen: Gaby Kulartz, Robenstr. 42, 51 Aachen,
Telefon 0241/154475.

Mönchengladbach: Aktionsgruppen Ché, Engelsloft 169,
4050 Mönchengladbach 1, Telefon 02161/541085.

Bonn: Karin Leukefeld, c/o De Schnüss, Wilhelmstraße 3,
5300 Bonn, Telefon 0228/650766.



Der Aufruf wird unterstützt von:

Aachener Friedensforum - Aktionsgruppen Ché, Mönchengladbach - Alsdorfer Friedensinitiative - DKP Düren - DKP Rur-Erfst-Kreis - Friederike Doose (Stadtverordnete), Jülich - Prof. Dr. Klaus Dörner, Aachen - Dürener Friedensinitiative - Ehrenfelder Friedensinitiative - Eschweiler Friedenskomitee - Gert Galinski (Diplom-Physiker), Jülich - Edith und Karl Gründler (Rentner/In), Würselen - Die Grünen, Bedburg-Erfst - Die Grünen im Erftkreis - Die Grünen im Kreistag Düren - Die Grünen, Kreisverband Aachen-Stadt - Die Grünen, Ortsverband Alsdorf - Die Grünen, Ortsverband Jülich - Die Grünen im Rat der Stadt Düren - Die Grünen, Ratsfraktion Baesweiler - Die Grünen, Regionalbüro Mittelrhein - Martha Grüter, Jülich - Heinz Hallingse (KFZ-Meister), Übach-Palenberg - Dr. Sabine Hopmann, Jülich - Ferdi Hülser, Köln - interkerkelijk vredesberaad (IKV), Middelburg - Jülicher Friedensinitiative - Jungsozialisten in der SPD, Arbeitsgemeinschaft Jülich - Jungsozialisten in der SPD, Arbeitsgemeinschaft Linnich - Jungsozialisten in der SPD, Unterbezirk Düren - Dr. Ing. Hermann Knüfer (Rentner), Jülich - Heinz Koulen, Jülich - Lilly Küppers, Linnich - Dr. Georg Menzen (Diplom-Physiker), Jülich - Werner Möbius (Diplom-Pädagoge), Aachen - Alexander Paling, Köln - pax christi, Gruppe Bonn - Georg Rath (Kreistagsabgeordneter), Jülich - Dr. med. L. Rathsclag, Stolberg - Helmut Sauer, Jülich - Gaby Schütz-Lembach (Stadtverordnete), Jülich - Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Ortsverein Jülich - Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Ortsverein Linnich - Stolberger Friedensinitiative - Helga Weingarten, Köln -

Ostermontag: Sternmarsch nach Köln
Abschlußkundgebung: 14 Uhr, Neumarkt

Auftakt: 11 Uhr
Musikgruppe: BAP

Bis zu 800 Demonstranten beteiligten sich nach Angaben des „Koordinationsausschusses Linnich“ an den Kundgebungen und Aktionen des Ostermarsches am Karfreitag. Nach der Auftaktveranstaltung auf dem Kirchplatz in Glimbach (links) zogen die Ostermarschierer zum Bauplatz der NATO-Kommandozentrale, wo sie mit einer Mensurkette und dem Hissen einer „Friedensfahne“ auf die Bedrohung der Bevölkerung im Jülicher Land durch das NATO-Projekt aufmerksam machen wollten.

Fotos: Andreas Müller

„Koordinationsausschuß Linnich“ zählte bis zu 800 Teilnehmer

Ostermarsch '86: Lindenblatt als Symbol der Verletzbarkeit

Kundgebungen in Glimbach und Jülich – Friedliche Demonstrationen

Von ANDREAS MÜLLER

Glimbach/Jülich. — Wind und Wetter konnten sie nicht davon abhalten, ihre Sorgen um den Frieden öffentlich kund zu tun: Die Ostermarschierer waren am Karfreitag auch im Jülicher Land wieder unterwegs und setzten damit eine pazifistische Tradition fort. Angehörige der verschiedenen Parteien, Gruppen und Verbände, angefangen von Pax-christi über die Jungsozialisten, Grünen und „Grauen Panther“ bis zu der Deutschen Kommunistischen Partei demonstrierten friedlich gegen die Einrichtung einer NATO-Kommandozentrale in Glimbach und gegen die Aufrüstung. Nach Angaben des für die Organisation verantwortlichen „Koordinationsausschusses Linnich“ beteiligten sich an den Kundgebungen in Glimbach und Jülich sowie an den Aktionen auf dem Bunker-Bauplatz bis zu 800 Menschen aus der Region Aachen-Düsseldorf-Köln. Burkhard Giesen vom Koordinationsausschuß: „Die von uns erwartete Zahl von 500 Teilnehmern haben wir somit weit überschritten.“

Auftakt in Glimbach. Nur langsam füllte sich der Kirchplatz mit den Demonstranten, die zu Fuß, mit dem Fahrrad oder per Bus angereist waren und alle Altersgruppen repräsentierten. Im Kinderwagen waren „verpackte“ Kleinkinder ebenso vertreten wie Rentner. Auf Transparenten und Plakaten verkündeten sie: „Wer Bunker baut, plant Krieg“, „Kein SDI“...

Rose Stotz vom Koordinationsausschuß erläuterte die Hintergründe der Demonstration: Der Bau der NATO-Kommandozentra-

le in Glimbach sei ein Bestandteil der neuen US-Kriegsführungsstrategie, des sogenannten „Air-Land-Battle-Konzeptes“. Rose Stotz: „Diese Strategie ist von der bisherigen Verteidigungsdoktrin abgegangen und zu einer offensiven Kriegsführung mit Angriffen tief in das feindliche Land hinein... Von hier aus werden Befehle über Tod und Zerstörung ausgehen, hier werden Menschen sitzen, fern vom Chaos, die ihre todbringenden Befehle ausgeben, wenn es draußen vielleicht schon nichts mehr zu zerstören geben wird.“

Mit Hinweis auf die „bedrohliche Vernichtungsmaschinerie“ forderte Rose Stotz die Ostermarschierer auf, durch gewaltlose For-

men des „zivilen Ungehorsams wie Blockaden, Platzbesetzungen und anderen Baubehinderungen“ sich für Abrüstung und Entmilitarisierung zu engagieren: „Angesichts der uns bedrohenden Vernichtungsmaschinerie dürfen wir uns dabei nicht von den juristischen Folgen abschrecken lassen. Wir müssen uns mehr als bisher wirklich einmischen, wir müssen mutiger werden, wir müssen unbequem und ungehorsam werden.“ Die Friedensbewegung müsse, so die Rednerin, immer wieder darauf aufmerksam machen, was in Glimbach gebaut wird und welche Bedeutung die Befehlshaber-

Fortsetzung nächste Lokalseite

„Freundeskreis“ im Gespräch

JÜLICH. — Schwere Zeiten beginnen ab heute für die Sportvereine der Stadt Jülich. Aus finanziellen Gründen hat die Stadt — wie berichtet — den Sportvereinen aufgegeben, unter anderem ihre Spielfelder mit eigenen Maschinen, Material und Menschen herzurichten. Das erfordert auf die Dauer der Zeit erhebliche Investitionen vor allem für die kleinen Vereine, die zwar noch jungat auf der Stützpunktbesprechung geharnischt, aber vorgebens protestiert haben.

Der in Sport und Karneval gleichermaßen engagierte Rechtsanwalt Anton Mülferth, nebenberuflich auch Vorsit-

zender der Jülicher Spruchkammer, trägt sich — so erfahren die „Nachrichten“ — mit dem Gedanken, einen „Freundeskreis Platzmarkierung“ zu gründen, um damit den am stärksten betroffenen Vereinen finanziell und ideell unter die Arme zu greifen. Nachdem andere Interessengruppen teils gute, teils weniger gute Erfahrungen mit der Bildung einer solchen Institution gesammelt haben, soll auch auf sportlichem Sektor zumindest ein entsprechender Versuch unternommen werden. Über das Resultat werden die „Nachrichten“ möglicherweise schon in ihrer nächsten Ausgabe berichten.

-er.

Am 16. März entdeckte Hartmut Opitz jedoch erneut Risse im Mauerwerk. Die Stadt handelte sofort und stellte drei Tage später bei entsprechenden Untersuchungen fest, daß der gesamte Gebäud-



Spaziergänger staunten am Samstag nicht seit Beginn der Osterferien um über

Schaustelle Kaum Besucher bei

Jülich. — Das schlechte Wetter an Ostertagen hielt viele Jülicher vom Eder Osterkirmes ab und machte den Besuchern einen dicken Strich durch die Rechnung.

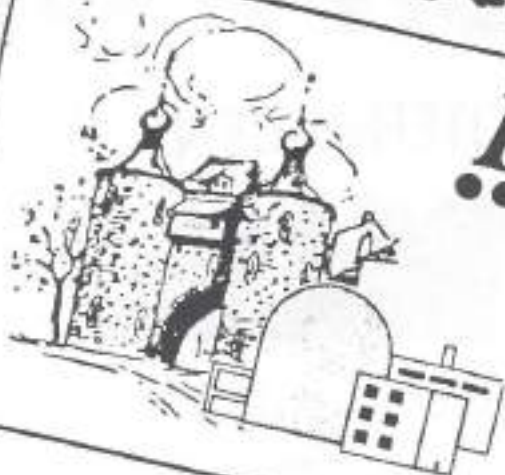
Dabei hatte die Kirmes diesmal eine Funktion besonderer Art zu bieten: Erst fand gleichzeitig mit dem Volksfest nur ein Handwerkermarkt statt. Intendierten konnten sich der unfreundlichen Umgebung entsprechend mit Wolle eindecken sie zu Hause zu wärmenden Kleidungsstücken zu verarbeiten. Kerzen jeglicher und Farbe waren ebenso zu erstehen kunsthandwerkliche Schmiedea-

oder Schmuck. „Dieser Handwerkermarkt war eine Bereicherung für die Jülicher Osterkirmes. Hubert Bongartz vom Schaustellerver-

Jülichs Ordnungshüter gehen in die Luft

B...ich die KFA an SDI ?

Ko-
zu
11
M
7
:



DAT RUUDE ATOM



Nr. 2 ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI
FÜR DIE KFA UND JÜLICH

Laßt den Himmel
Weltraumwaffen auf den

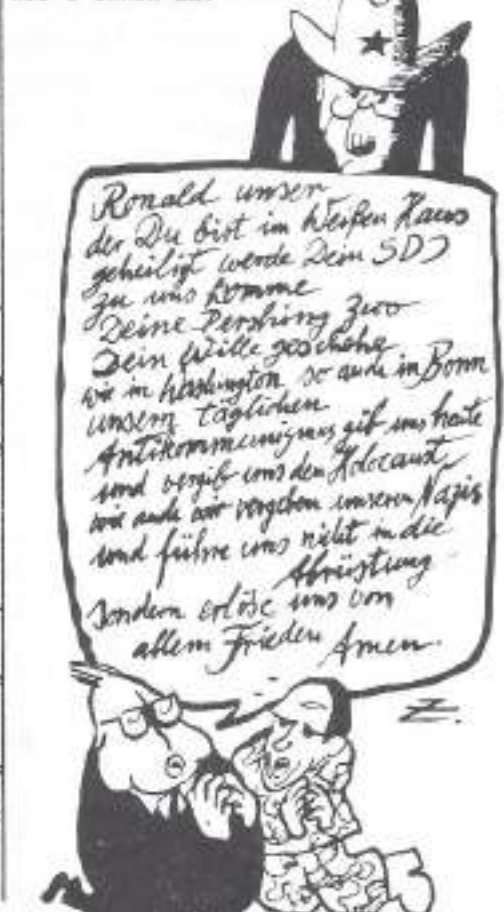
April '86

Ostermarsch

Trotz des miserablen Wetters konnte der Ostermarsch 1986 im Jülicher Land mehr als 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzeichnen. Einträchtig wurde nach der Auftaktkundgebung in Glimbach zum Bauplatz des geplanten NATO-Bunkers und anschließend nach Jülich marschiert. Der Ostermarsch, der dieses Jahr seinen 25. Geburtstag feiern konnte, richtete sich diesmal schwerpunktmäßig gegen das SDI-Programm. Lokaler Schwerpunkt im Jülicher Land: Der Protest gegen die geplante NATO Basiszentrale in Glimbach. Dort soll eine der drei wichtigsten NATO Befehlszentralen im Bereich Europa Mitte entstehen. Grundlage dafür ist die US-amerikanische Air-Land-Battle Strategie, die ein neues offensives NATO-Konzept beinhaltet: Vorwärts- "verteidigung" tief in den gegnerischen Raum hinein und Senkung der Schwelle einer atomaren Auseinandersetzung. Da hatte es auch nichts genutzt, daß die "Jülicher Volkszeitung" vor dem Ostermarsch ein dumm-dreistes Interview mit zwei hohen NATO-Offizieren gebracht hatte, worin allen Ernstes behauptet wurde, die Warschauer-Vertrags-Staaten besäßen eine ausgeprägte Überlegenheit auf dem Gebiet der konventionellen Waffen und probierten den "Blitzkrieg", wohingegen der Bau des geplanten Bunkers in Glimbach einen Schritt zum totalen Frieden bedeute. Auf solche platten Lügen fallen die Angehörigen der Friedensbewegung nicht mehr herein. Das Märchen von der Gefahr aus dem Osten hat schon zu oft als Argument für weitere Aufrüstung herhalten müssen.

Der Ostermarsch zeigte die Stärke und Breite der Friedensbewegung. Gemeinsam marschierten Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Christen, Grüne, parteilose Friedenskämpfer gegen die Aufrüstung und insbesondere gegen den Krieg der Sterne. Auf der Abschlußkundgebung sprach Jülichs Bürgermeister Heinz Schmidt (SPD), der an die totale Zerstörung Jülichs im 2. Weltkrieg erinnerte, ebenso wie Heinz Meurer von der IG Metall Düren/Jülich ("Entweder wir schaffen die Rüstung ab, oder sie schafft uns ab!"). Viele Gewerkschaftsmitglieder nahmen am Ostermarsch teil, eine Gruppe Aachener Gewerkschafter hatte einen Aufruf zum Ostermarsch veröffentlicht. Auch viele Ältere Menschen engagierten sich in der Friedensbewegung. Gerade bei ihrer vielfach miserablen Situation wird die Verknüpfung von Friedensfrage und sozialer Frage deutlich. Als Vertreterin des Seniorenschutzbundes "Graue Panther" sprach dessen 2. Vorsitzende, Lisette Milde, die die Bundesregierung anklagte, sich über die Bedürfnisse der Bevölkerung hinwegzusetzen. Der Widerstand gegen die Aufrüstung macht auch vor den Kasernen toren nicht halt. Als Vertreter des Darmstädter Signals, eines Zusammenschlusses von Bundeswehrsoldaten, die gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen in der BRD auftraten, sprach Major Helmut Prieß. Er wies darauf hin, daß der geplante Bunker in Glimbach im Falle eines Atomkriegs eines der fünf wichtigsten Ziele in Europa sei. Der Ostermarsch '86 hat in eindrucksvoller Weise die ungebrochene Stärke der Friedensbewegung demonstriert. Bundesweit beteiligten sich minde-

stens 180.000 Menschen an den Märchen. Dies sollte allerdings nicht Anlaß zu zufriedener Behäbigkeit geben: Das SDI-Programm ist noch lange nicht gestoppt. Unlängst haben die USA gegen den Widerstand fast der ganzen Weltöffentlichkeit einen neuen Atomwaffentest vorgenommen. Es gibt noch viele zu packen - tun wir's ihnen an!



OSTERMARSCH 1987

LASST SIE NICHT UNGESTÖRT WEITERBAUEN!



Ostersamstag, den 18. April 1987



10 Uhr Auftaktkundgebung am Friedensacker

angefragte Rednerinnen und Redner:

Ernst-Eberhard Przyrembel (KAL, Ordensleute für den Frieden)

Hans-Fr. Detjen (Fraktionsvorsitzender SPD Linnich)

Vertreter/in aus Hasselbach

Musik: Marion Saul und Band

15 Uhr Abschlußkundgebung auf dem Schloßplatz in Jülich

angefragte Rednerinnen und Redner:

Friederike Dose (stellv. Bürgermeisterin Jülich)

Prof. Dr. Peter Starlinger (prominenter Anteilseigner)

Vertreterin aus Greenham Common, England

Karl-Heinz Fuchshofer (Gewerkschaft ÖTV)

Musik: ?????? Theater: Groß & Klein, Aachen

Keine NATO-Kommando-Zentrale in Linnich-Glimbach

In Glimbach soll eine NATO-Kommandozone „zur Sicherstellung der Verteidigungsfähigkeit der NATO“ (Bundesverteidigungsministerium) entstehen. Die Vorbereitungsarbeiten begannen bereits im Herbst 1984.

Sechs Stockwerke sollen vierzig Meter tief in die Erde gesetzt und von einer zweieinhalb Meter dicken Stahlbetondecke und einer zwölf Meter breiten Dämmschicht abgeschirmt werden. Untergebracht werden dort die Kriegshauptquartiere der 2. Alliierten Taktischen Luftflotte (2.ATAF) und der Heeresgruppe Nord (NORTHAG), deren „Friedenshauptquartier“ (Verwaltung) sich in Mönchengladbach befindet.

Die Befehlsgewalt der modernisierten Kommandozone – bisher im niederländischen Maastricht – erstreckt sich von der Linie Frankfurt-Kassel bis zur dänischen Grenze und umfaßt zudem die Benelux-Staaten sowie Teile der Nordsee.

Im Kapitel 1 des AirLand-Battle- (LuftLandSchlacht-) Konzeptes wird der Zweck der Doktrin erläutert: Es heißt dort wörtlich: „Das Konzept der „AirLand-Battle“ skizziert ein Herangehen an militärische Operationen, das das gesamte Potential der US-Streitkräfte verwirklicht. Die Ausweitung des Schlachtfeldes und die Integration konventioneller, nuklearer, chemischer und elektronischer Mittel werden kombiniert, um ein Schlachtfeld zu beschreiben, auf dem die feindlichen Truppenverbände in voller Tiefe angegriffen werden. Wir streben die Fähigkeit zur frühen Initiative durch offensive Aktionen mit Luft- und Landstreitkräften an, um das Ende der Schlacht zu unseren Bedingungen herbeizuführen.“

fünf Jahre nach der Einführung von Frühwarnsystemen (AWACS), drei Jahre nach Durchsetzung der sogenannten Nachrüstung und der Stationierung von 108 Pershing II und in einer Phase immer offensiverer Kriegsführungsstrategien (AirLand-Battle), folgt nun in Linnich-Glimbach der Bau einer Leitzentrale, die sämtliche Waffen miteinander verbinden, koordinieren und leiten wird:

Mit Hilfe dieser Strukturen wird die Fähigkeit zur Führung eines Krieges größer.

Kerpener marschierten für den Frieden

LIEBER AN DEN FÜSSEN BLASEN ALS RAKETEN-ABSCHUSSBASEN

Ostern gibt es nicht nur bunte Ostereier, sondern auch schon 30 Jahre "Ostermarsch". Bei diesen Ostermärschen treffen sich Friedensfreunde, um gemeinsam gegen eine Welt von Waffen jeder Art zu marschieren.

In diesem Jahr waren wieder viele Kerpener Bürger bei den Märschen in Jülich und Köln dabei. Sie machten deutlich, daß jeder Mensch gefordert ist, etwas für die Erhaltung des Friedens zu unternehmen. Es genügt nicht alleine, wenn sich die "Großen", sprich Gorbatschow und Reagan treffen. Beide haben einen ersten wichtigen Schritt hin zum Erhalt des Friedens, durch die Unterzeichnung des Mittelstreckenabkommens getan. Der Druck von Millionen friedensbewegten Menschen und die Abrüstungsinitiative der Sowjetunion hat dies Abkommen möglich gemacht.

Jetzt gilt: nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Ein Vertrag genügt nicht, es müssen größere Schritte unternommen werden.

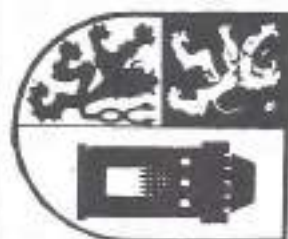
Es wäre toll, wenn wir das nächste Mal mit noch mehr Kerpenern (vielleicht auch mit Ihnen), an der nächsten Friedensaktion im Herbst ... aber auch am 31. Ostermarsch teilnehmen würden.

WIR HABEN NUR DIE EINE ERDE



ORGANISATION DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) AUSGABE 4/88

kerpener fenster





Ostermarsch Rheinland '88

Ostermontag, 4. 4. '88 in Köln

14 Uhr: Kundgebung, Kölner Neumarkt



Ostern nach Glimbach

2.4. 10² Auftakt in Jülich
- Marsch + Aktionen

Die "Null-Lösung", der Vertrag über die landgestützten Mittelstreckenraketen, ist in aller Munde. Heißt das aber, daß unsere Friedensbewegung jetzt beruhigt nach Hause gehen kann? Sind wir dem Frieden tatsächlich näher gekommen?

Frieden ist unsere Utopie, die ein friedliches Verhältnis zu den Ländern des Ostens und der "3. Welt" voraussetzt und deshalb mit Abrüstung einsetzen muß. Abrüstung heißt, daß nicht modernere Waffen an die Stelle der alten treten und nicht eine gleichgebliebene Strategie weiterverfolgt wird. Da sieht es nun so aus, daß die Verträge für die NATO eher den Charakter der Umrüstung besitzen: die NATO beschafft sich Ersatzwaffen (z.B. an Bord von Flugzeugen) und behält ihre aggressive, auf weitreichende Zerstörung bis tief in das Gebiet der Warschauer-Vertrags-Staaten zielende Militärplanung (Name: "FOFA") bei - und vorallem: die NATO baut diese Planungen durch neue Waffen, neue vorgelagerte Munitionsdepots und modernere Kriegshauptquartiere (z.B. in Glimbach) aus.

Wir aber haben positive Ziele: nicht Umrüstung, sondern Abrüstung, die den Weg weist auf eine friedliche, entmilitarisierte Welt - das muß geschaffen werden. Dazu müssen wir uns hier bei uns und jetzt einsetzen. Vom NATO-Staat BRD soll keine aggressive Politik mehr ausgehen, sondern soll die Initiative für den Frieden durch einseitige Abrüstungsschritte ergriffen werden!

Anstelle neuer Waffen und der alten Strategie ist Abrüstung möglich:

Keine NATO-Kommando-Zentrale in Linnich-Glimbach



Sechs Stockwerke sollen vierzig Meter tief in die Erde gesetzt und von einer zweieinhalb Meter dicken Stahlbetonplatte und einer zwölf Meter breiten Dämmschicht abgeschirmt werden. Die Grundfläche des Betonklotzes, in dem 200 bis 300 Personen arbeiten sollen, wird 40 x 45 Meter betragen. Für den Ernstfall wird vorgesorgt: Die Kommandozentrale erhält eine Notstromversorgung sowie einen eigenen Brunnen, der eine unabhängige Wasserversorgung gewährleisten soll. Sozusagen als Clou des Ganzen wird der Bunker auf eine Schwingplatte gesetzt.

Offiziell passiert eigentlich nichts Aufregendes. Die NATO wird lediglich zwei Hauptquartiere von der einen Kommandozentrale in die andere verlegen, „nur ein Umzug“. Die „eine“ Kommandozentrale befindet sich derzeit in Maastricht. Eingesperrt sind dort die Hauptquartiere der 2. Allieden Taktischen Luftflotte (2. ATAF) und der Heeresgruppe Nord (NORTHAG). Beide zuständig für die Verteidigung zu Luft bzw. auf der Erde in einem Gebiet, welches neben den Benelux-Staaten und Teilen der Nordsee den Bereich zwischen der Linie Frankfurt-Kassel und der dänischen Grenze umfaßt.

LASST SIE NICHT UNGESTÖRT WEITERBAUEN!

